

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Wonnemonatspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bezugsgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanzing, verantw. Redakteur: Zug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Biesenbinderhof 56.

Sitz der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Zeitung über deren Raum 80 A.

Verbandskollegen!

Agitiert kraftvoll für die Stärkung unserer Organisation. Der Unternehmerbund geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht uns zu verschlingen!

Inhalt: „Es handelt sich um eine Kraftprobe unseres Bundes.“ — Kündigung von Tarifverträgen im Baugewerbe. — Wirtschaftliche Mundschau. — Politische Umstöße. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. Der christliche Bauhandwerker-Verband 1906/07. — Centralkrankenfeste. — Von Bau- und Unternehmern. — Subventionen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Polizei- und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

„Es handelt sich um eine Kraftprobe unseres Bundes.“

„Das Endziel ist darauf gerichtet, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigkeit erzielt werden kann, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung der Bauarbeiter größeren Umfangs durchgeführt werden soll. Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, um eine Kraftprobe unseres Bundes... Wenn es aus Anlaß des gemeinsamen Vorgehens zu einem Bruch mit den Arbeiterorganisationen kommen sollte, so wird natürlich bestimmt vorausgesetzt, daß sich an einer Aussperrung auch diejenigen Verbände beteiligen, die keine Verträge abgeschlossen haben.“

Das sind Worte des Herrn Felisch, die er als Vorsitzender des „Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe“ der Beratung eines Tarifvertragsentwurfes vorstellt. Diese Worte sind eine so scharfe und unweidige Kriegserklärung an die baugewerbliche Arbeiterschaft, wie sie bisher kaum ausgesprochen worden ist. Dem Herrn Felisch ist zwar schon oft die Zunge ausgerutscht, und auf den öffentlichen Tagen des Bundes hat er wiederholt von einer das ganze Reich umfassenden Aussperrung geschwärzt, aber in Verbindung mit einem im voraus bestimmten Ereignis und in allerkürzester Zeit ist diese ultimata ratio bisher doch noch nicht angekündigt worden. Wenn wir es hier nicht mit einer maßlosen Ausschreiber zu tun haben, dann muß sich der Unternehmerbund zur Zeit ja äußerst stark fühlen, daß er wegen einer verhältnismäßig kleinen Sache eine Kraftprobe veranstalten will. Oder schlägt er die Arbeiterverbände gar so schwach ein, daß er glaubt, sie durch einen großmäuligen Hauch über den Hauften blasen zu können? Unmöglich wäre es nicht, daß die Unternehmer aus der häufig erkennbaren Lethargie und Gleitgültigkeit der Arbeiter-große Hoffnungen für sich gejogen haben. Schlimm genug wäre es allerdings, wenn sich die Hoffnung der Unternehmer erfüllen würde. Vorläufig vermögen wir dies aber trotz aller schwarzen Pläne unseres „Bundes“ nicht zu glauben.

Es würde eine taktische Unflugheit sein, schon heute Betrachtungen darüber anzutreten, welche Mittel im einzelnen anzuwenden sind, um den Unternehmern den Weg zu verbauen. Nicht läuft genug kann man aber der Arbeiterschaft zutrauen: „Es ist keine Zeit zu verlieren. Alle Mann hinein in die Organisation! Dann muß die Machtprobe des Unternehmerbundes an dem Granitfelsen der Arbeiterorganisation zerstossen.“

In dantonswerter Weise hat uns das Protokoll darüber aufgeklärt, daß der Unternehmerbund eine Kraftprobe veranstalten will. Eine sachliche Be-

rechtigung des von dem „Bund“ vorbereiteten Kampfes vermögen die Herren Felisch und Genossen nicht nachzuweisen. Was sie reden vom „Spielball der Arbeiterorganisationen“, der sie als „Herren auf den eigenen Bauten- und Werkplätzen“ geworden seien, ist ganz altbadener Schwundel. Einstende Heuchelei ist es, zu sagen: Die Arbeiter und ihre Organisationen sollen nicht vergewaltigt werden bei der Festsetzung von Arbeitszeit und Lohnhöhe. Ist es nicht eine Unverfrorenheit sondergleichen, daß zu sagen und niederschreiben in demselben Augenblick, wo man beschließt: Die Arbeitszeit soll nicht verkürzt, der Lohn nicht erhöht werden; und wer sich unserem des Bundes Willen nicht fügt, wird ausgeschlossen. Wollen sich die Arbeiter in Köln oder Frankfurt dem Machtgebot des Unternehmerbundes nicht fügen, so werden sie nicht nur in Köln oder Frankfurt oder in beiden Orten zugleich ausgeschlossen, sondern auch in Bremen, Stuttgart, Leipzig, Stettin, Königsberg, überhaupt in allen Orten, wo der Unternehmerbund die Macht dazu zu haben glaubt. Und wenn selbst im ganzen Reich die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund freier Vereinbarungen geregelt wären, aber in Buxtehude oder Boemudel käme kein dem Verlangen der Unternehmer entsprechender Vertrag zu Stande, so müßte der „Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe“ die Machtprobe veranstalten und die Gesamtarbeiterschaft des Baugewerbes aussperren.

Das wäre gewiß des Unsims und der Frivolität Gipsel; aber Frivolität hin, Frivolität her: Wir, der mächtigste Arbeitgeberbund, haben es beschlossen; folglich wird es durchgeführt.

Bei allem ist der Unternehmerbund äußerst „gutmütig“. Er will — wenn es ihm nicht in den Kram geht — gar keinen Zwang auf den Abschluß von Tarifverträgen ausüben. „Nur wo sich ein Bedürfnis zum Tarifabschluß geltend macht“, sollen die Bindungen des Bundes zur Nachachtung dienen. Also wozu das Haß? Die Arbeiter brauchen ja nur kein Vertragsbedürfnis zu haben, und alle Aussperrungsandrohungen lösen sich in Wohlgefallen auf. — Aber nein! hören wir da auf allen Ecken und Enden der Bundesversammlung rufen. So war es nicht gemeint. Auf das Bedürfnis der Arbeiter kommt es ja gar nicht an, die kommen nur als Jäger in Frage, wollen sie was anderes, dann hinaus mit ihnen. Das steht, Bedrücknisse zu äußern und geltend zu machen, haben nur wir Unternehmer, nur wir bestimmen darüber, ob ein Tarifvertrag abgeschlossen und welchen Inhalt er haben soll. Also so sieht es aus mit der Konzeption des Unternehmerbundes, keinen Zwang auf den Abschluß von Verträgen ausüben zu wollen.

Die Hauptzorge des „Bundes“ ist, daß alle Verträge zu ein und derselben Zeit ablaufen. Alle Verträge, die in den beiden nächsten Jahren freiwillig oder erzwungen geschlossen werden, sollen mit dem 31. März 1910 ihr Ende erreichen. Die Kalkulation des „Bundes“ ist diese: Können wir im Frühjahr 1908 das Kestrel treiben gegen die Arbeiter nicht nach Wunsch durchführen, dann wird der Vertrag im Frühjahr 1910 verstärkt und erweitert Maße wiederholt. Kein Einzelvertrag, sei es für einen Ort, sei es für einen großen Bezirk, soll Gefang haben, wenn er nicht von dem Bundesvorstand bestätigt ist, um ja zu verhindern, daß nicht ein Vertrag Gültigkeit erlangt, bevor alle anderen unter Dach und Fach sind.

Die Verminderung der Arbeitszeit unter zehn Stunden ist streng verpönt. „Ganz geheim“ hat zwar eine frühere Generalversammlung des Bundes (Cöln 1907) hinzugefügt, eine solche Arbeitszeitverkürzung könne nur nach einem für die Unternehmer verlorenen Streik bewilligt werden; damit aber die Arbeiter keine Streiks durchführen können, will man ihnen ja vorher mittels der Aussperrung das Rückgrat brechen und sie unter einen „Vertrag“ beugen. „Eine allgemeine Löhnerhöhung soll nicht bewilligt werden.“ Was heißt das? Man kann mindestens darunter verstehen, daß in einer Reihe von Orten, wo die Arbeiter schon seit Jahren die Notwendigkeit einer Löhnerhöhung nachgewiesen haben, nunmehr eine solche vertraglich festgelegt werden darf, ja werden muß. — Faßt geraten! In der Sprache des Unternehmerverbandes heißt sein Besluß: Löhnerhöhung ist völlig ausgeschlossen; wir wollen aber in Erwägung ziehen, ob wir die bittere Pflicht herumkommen, die Löhne herabzusetzen.

„Elegante Agitation auf der Arbeitsstelle (hierzu wird auch die Baubude gerechnet) ist bei sofortiger Entlassung verboten.“ Warum nicht das Verbot des Nebens überhaupt. Warum wird nicht der Polier ermächtigt und verpflichtet, den Arbeitern beim Vertreten des Arbeitsplatzes eine Maulbinde, eventuell mit Sicherheitsloch, anzulegen? Kann es nicht schon aufreizend und verheizend wirken, wenn ein als Agitator befahmter Arbeiter mit dem Grus die Baubude betritt? Guten Morgen, Kollegen!

Doch Spas beiseite. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß der „Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe“ einen ungeheuren Terrorismus entfalten wird, um die Beichlüsse seiner Generalversammlung durchzuführen. Dem „Bund“ gehören zwar nur 14 000 von etwa 40 000 Unternehmern als Mitglieder an, aber in diesen 14 000 stecken die Großunternehmer und dahinter sitzen die Materialienfabrikanten und -händler: Ziegelerien, Kalkbremerien, Zementfabriken, Holzhändler, Eisenwarenfabriken und -händler, sowie die Mäurer und Bauten, die die Grundstücke- und Bauprälaten gewerbmäßig und im großen betreiben. Die uns, vorläufig allen baugewerblichen Arbeitern, angesagte Fehde ist also wahrsichtig nicht leicht zu nehmen. Es kann ein Kampf werden, wie ihn die Welt auf wirtschaftlichem Gebiete noch nicht gesehen hat. Ein Kampf um das Recht der Arbeiter, über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen, das ihnen wohl theoretisch zugeschlagen wird, in der Praxis aber in frivoltester Weise von dem organisierten Unternehmertum entrissen werden soll.

Da gilt es für die Arbeiterschaft, ihre höchste Kraft einzusetzen in der Agitation für die Stärkung, ja für die Unüberwindlichkeit ihrer Organisation. Wer nur einen Funken Ehre im Leibe hat, wer nur jemals das Wort Solidarität vernahm, dem muß es wie Feuer auf der Seele brennen, wenn er bisher den wirtschaftlichen und politischen Vorgängen gleichgültig oder dem Streben seiner organisierten Kollegen gar feindlich gegenübergestanden hat. Ein Gedanke, ein Wille und die raich folgende Tat müssen nun gut machen, was er jahrelang gefündigt hat. Also hinein in die Organisation! Schleift die Phalanx in dichten Reihen, je höher uns umrauscht die Flut; je mehr mit der Begeisterung Glut dem hellen Kampfe wir uns weihen!

Kündigung von Tarifverträgen im Baugewerbe.

Wie aus dem Protokoll der Generalversammlung des „Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe“ bekannt geworden ist, sind sämtliche dem Bund angehörenden Orts- und Bezirkverbände beauftragt worden, die im nächsten Frühjahr ablaufenden Tarifverträge am 30. November zu kündigen. Die sonst noch im Jahre 1908 ablaufenden Verträge will später der Bundesvorstand selbst kündigen. Nach den neuen Errichtungen des Bundesvorstandes haben 144 Unternehmensverbände Verträge, die Ende März oder Ende April nächsten Jahres ablaufen.

Sowohl der Centralverband der Maurer in Betracht kommt, handelt es sich nach einer Zusammenstellung unseres Verbandsvorstandes um 299 Verträge, wovon 214 am 31. März oder vorher, 49 Ende April und die übrigen im Laufe des Sommers ihr Ende erreichen. Ob alle in Betracht kommenden Unternehmensverbände die Verträge schon gekündigt haben, ist uns zur Zeit noch nicht bekannt; übrigens gilt die Sache auch gar nicht.

Der Mitteldeutsche Verband und die rheinisch-westfälischen Verbände haben die Kündigung direkt an unserem Verbandsvorstand gerichtet. Der „Mitteldeutsche“ kündigte neben dem Bezirksvertrag (Frankfurt, Darmstadt, Friedberg, Hanau, Höchst a. M., Mainz, Offenbach a. M. und Wiesbaden) die Verträge für Homburg d. b. Höhe, Wezelar, Weilburg, Marburg, Cassel, Gießen, Buggach-Gammbach, Langen, Pfungstadt, Heiligenberg, Mannheim-Ludwigshafen.

Der „Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen“ umfaßt folgende Verbände: „Schuhverband der Bergischen baugewerblichen Betriebe“, „Arbeitsgeberverband für das Baugewerbe in der Rheinprovinz“, „Arbeitsgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten“. Die Zahl der Orte, in Rheinland-Westfalen für die die Verträge gekündigt wurden, dazu der Abschluß neuer Tarife verlangt wird, beträgt 76; außer den Maurern, Zimmermännern und Bauhüllsarbeitern sowie den Spezialarbeitern des Maurergewerbes sollen an mehreren Orten in den Vertrag einzbezogen werden: Stukkateure, Dachdecker, Schreiner, Klempner, Asphaltier, Steinmauer- und Steinarbeiter.

Beide Vereinsgruppen (Mitteldeutsche und rheinisch-westfälische), die überdies noch ein besonderes Kartei geschlossen haben und in der Verhandlungsfrage geklöppelt zusammengekommen waren, haben mit der Kündigung gleichzeitig neue Vertragvorlagen (eigentlich Duellsforderungen) eingangs. Die Entwürfe decken sich natürlich in allen Hauptpunkten mit dem von der Bundesgeneralversammlung beschlossenen Generaltarif; Arbeitszeitverkürzung gibt es nicht, Lohnverhöhung brauchen wir nicht, achtstündige Lohnabzahlung kostet uns nicht! Jegliche Agitation auf der Arbeitsebene (also auch während der Pausen in der Baubude) ist bei sofortiger Entlastung verboten! Der Stundenlohn soll für einen „zu Güte“ Maurergesellen festgesetzt werden. Ob die „angemessene“ Gegenleistung“ ausreicht, unterliegt dem Ermeessen des Unternehmers. Wenn nicht, die Zufriedenheit des Unternehmers erreicht wird, wollen die rheinisch-westfälischen Verbände den Tariflohn um 15 Prozent fügern.

Zur Junggesellschaft wird noch das dritte Jahr nach bestehender Gesellenprüfung gerechnet, und solche Gesellen haben gleich den Zwölften und Älteren keinen Anspruch auf den Tariflohn. Diese Arbeiter sollen verpflichtet sein, innerhalb der ersten sechs Tage eine Lohnvereinbarung herbeizuführen; gelingt ihnen das nicht (sie sind vielleicht zu schwach oder der Unternehmer läßt sich überhaupt nicht bitten), so bestimmt der Unternehmer den Lohn. Was im übrigen die Arbeiter alles zu tun und zu lassen haben, soll in einer „Arbeitsordnung“ niedergelegt werden.

Der „Mitteldeutsche“ begnügt sich mit zwei Junggesellenjahren, er will aber den Lohn insoweit verschlechtern, als für den Tariflohn alle Arbeiten geleistet werden sollen, für die bisher ein höherer Stundenlohn bezahlt wurde; insbesondere werden benannt: Putz, Wasch-, Putzleger, Beton-, Beton-, Hauptsanierungs- und Abbrucharbeiten.

In der nächsten Nummer des „Grundstein“ werden wir beide Vertragsentwürfe sowie die beiden Belegschaften bestmöglich abdrucken.

Wirtschaftliche Rundschau.

Internationale Goldsorgen und die Deutsche Reichsbank. — Die Maßnahmen der amerikanischen Regierung. — Rückwärtsbewegungen aus Amerika. — Wachstum der Depression im Ausland und in Deutschland. — Die Kostensteigerung.

In Amerika stehen die Geld- und Kreditverhältnisse noch immer so günstig auf dem alten Niveau, und folgerichtig hat sich die Sorge Europas um den eigenen Goldbeiz nur wenig gemildert. Man rechnet, daß seit Beginn der New Yorker Krisis bis Ende November etwa 1014 Millionen Dollar (über 420 Millionen Mark) Gold seitens der Vereinigten Staaten von außen herangezogen worden sind, und zwar ganz überwiegend aus Europa. Alle großen europäischen Centralbanken führen diese Überläufe, und zwar jenseits der Grenzen ihres Territoriums, über die man kein Werk mehr berichtet. Die Altonaer Wachstümme J. F. C. Möller stellte am 21. November mit etwa 8 Millionen Mark Goldfrisen die Ausgaben ein. Am nächsten Tage wurden die Zahlungsschwierigkeiten der Berlin-Marien-

ägyptische Verwaltung Australien sind dem englischen Markt mit Gold beigebracht, so daß in der am 27. November abgelaufenen Woche die Bank von England sogar einen beträchtlichen Mehreingang von Gold zu verzeichnen hatte (1 346 000 £. Umlauf, 2 861 000 £. Dr. Goldauflauf). Umgekehrt die Deutsche Reichsbank! An der Berliner Börse hält sich der Wechselkurs auf London noch immer so hoch, daß es vorstellbar ist, Gold an Stelle von Wechseln nach England zu überweisen. Die dritte Novemberwoche wies bei der Reichsbank selbst in dem enorm angestauten Vorjahr eine steuerfreie Notenreserve auf (am 23. November in Millionen Mark): 1906 12,5, 1905 107,1, 1904 286,8, 1903 205,2, 1902 197,4; diesmal war die Bank an diesem Zeitpunkt bereits mit nicht weniger als 109,3 Millionen Mark in die Steuerpflicht hineingefügt.

Die Metallbestandteile betrug diesmal mit 784,1 Millionen Mark gegen 809,8 Millionen Mark in der gleichen Novemberwoche 1906, gegen 875,8 Millionen Mark in 1905 und 1026,3 Millionen Mark in 1904.

Soeben während der Drucklegung erscheint der Ausweis für die letzte Novemberwoche, die fast immer, in Vorbereitung der Unternehmer auf den Jahreswechsel, eine gewisse Schwächung bringt. Diesmal jedoch ist die Schwächung nochmals größer als je: der Metallbestand, der 1904 noch über 1000 Millionen Mark betrug, ist auf 678,5 Millionen Mark gesunken, der steuerpflichtige Notenbetrag auf 201,8 Millionen Mark gestiegen, während man 1903 und 1904 in der gleichen Zeit noch immer über steuerfreie Notenreserven verfügte.

Mit diesen Verlegenheiten wächst die Schärfe der Sprache gegen amerikanische Wirtschaft, gegen die allzu große Parität und die ungünstigen Maßnahmen der nationalen Regierung und ähnliches. Durchgreifende Gültigkeit der Vorschläge des Washingtoner Schadantes allerdings feinespielt; obwohl man im Augenblick sowieso noch tut? Der Versuch, die Bank von Frankreich zur leichten Sorgabe einer größeren Goldsumme zu bewegen, scheiterte. Wen hat sich nunmehr zur Ausgabe von 100 Millionen Dollar Panamakanalbonds und von 100 Millionen Dollar Chacoanabonds, letztere mit einjähriger Laufzeit, entschlossen? Offenbar nicht mehr in der Weise, dem panamalinierten Publikum die kleinen und größeren finanziell gebütteten Geldschäfte abzuladen und sie für den allgemeinen Umlauf wieder freizulegen — hierzu würden die zweiprozentigen Bonds und die dreiprozentigen Schatzbriefe kaum geeignet sein — sondern nun auf allerlei Umwegen, wie sie durch die etwas-horizontaleamerikanische Notenabgabegesetzgebung bedingt werden: den Nationalbanken die Unterausgabe für einen erweiterten Raum zu erlauben und zu verschaffen. Das ist aber wahrscheinlich ganz und gar nicht das, was der amerikanische Vertritt mit seinem Misstrauen gegen alles Richtartige am dringendsten braucht. Anderseits fürchtet man, wenn in der Tat die neuen Noten als Zahlungsmittel wirken sollten, eine Überfüllung der Circulation mit Papier und damit eine Einflistung aller Preise — unter starkem Abstromen des Goldes wie gewöhnlich bei übertriebenem Papierumlauf. Vorläufig freilich braucht man sich den Kopf hierüber nicht zu zerbrechen, denn mit der Unterbindung der gewünschten Regierungsschritte scheint es überhaupt zu haben, daß etwas unklare Kabelmeldungen lassen kaum eine andere Deutung zu.

Welche Ausbreitung drüben der Pessimismus gewonnen hat, das ergibt sich aus den wachsenden Rückwärtsbewegungen von Arbeitern aus den Vereinigten Staaten. Die „Hamburger Zeitung“ schildert vor ein paar Tagen: „So ist der Dampfer „President Grant“ der Hamburg-Amerikalinie von New York mit 3200 Zwischenbedenkm abgegangen und der Dampfer „Bretoria“ derselben Reederei mit 241. Auch die früheren Monate dieses Jahres haben schon eine starke Rückwärtsbewegung gebracht. So gingen von den Nordhäfen der Vereinigten Staaten in den ersten 10 Monaten dieses Jahres an Zwischenbedenkm rund 249 000 Personen fort gegen 254 000 in der zentralen Zeit des Vorjahrs, also rund 95 000 Personen mehr. Diese Rückwärtsbewegung ist wohl zweitens eine Folge der Verschärfung des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten, die ihrerseits im Gefolge der finanziellen und industriellen Krise eingetreten ist.“ Es tritt dabei zugleich abermals zu Tage, wie viele Tausende Amerika nicht als eigentliche Einwanderer in einem Sinne, nicht als da zu enden europäische, sondern lediglich als Saisonarbeiter austreten — wenn der zeitweilige Aufenthalt auch auf Jahre geplant sein mag, schon der immerhin hohe Überfahrtsschiffen wegen. In erster Linie trifft dies auf Massen von Italienern zu, die nun jetzt zum Teil für die kommenden Exportarbeiten in Argentinien gewinnen möchte. Von der ungarischen Regierung verlangt, sie werde jetzt von weiteren gesetzgeberischen Schritten zur Eindämmung der Auswanderung absehen, weil der Fortzug wesentlich aufhören, dagegen die Rückflut stärker einsetzen werde.

Mehr und mehr häufen sich die Hochposten aus anderen, nicht nordamerikanischen Ländern. Chile, mit dem die Deutsche Bank, die Diskontgesellschaft, die Nationalbank und unsere hansestädtische Schiffahrt sehr eng verbunden sind, macht soeben eine schwere Geldkrise durch. Der Preis, der noch im Anfang des Jahres in London 14 Pence kostete, ist auf 9½ Pence gestiegen (der Goldpeso sollte nach dem Gesetz von 1885 sogar 18 Pence gleichstellen); nach dem Übernehmen der früheren Einfuhr ist ein vollständiger Stillstand eingetreten. Italien liefert immer von neuem einen Beitrag zu den Konfusionsrichten; bald hier, bald da zeigt ein Ansturm auf Depositenkassen und Sparkassen, wie weit verbreitet das geschäftliche Misstrauen ist. Aus Belgien und Eisenindustrie machen sich die Klagen, nicht wegen des tatsächlich schon vollaufgehen Produktionsübersanges, sondern wegen der sinkenden Preise für Bergbauprodukte bei noch immer hohen Rohstoff- und Brennstoffpreisen in Verbindung mit der Kreditkrise und Kreditverzerrung.

In Deutschland hat jede Woche ihren größeren Kontostand neben den kleinen Guvananenbrüchen, über die man kein Werk mehr berichtet. Die Altonaer Wachstümme J. F. C. Möller stellte am 21. November mit etwa 8 Millionen Mark Goldfrisen die Ausgaben ein. Am nächsten Tage wurden die Zahlungsschwierigkeiten der Berlin-Marien-

felder Maschinenfabrik C. T. Speerer & Co. bekannt. Ähnliche Nachrichten kamen gleich darauf über die Konfessionsfirma Richter in Reichenau in Sachsen, über die Schuh- und Lederverteile Spaniens in Wittlich wie über die Holzgerberei Zug in Altensteig, über die Metall- und Handwerker Meister & Schreyer in Helmbrücke. Aus dem Holzhandel, der die Rückschläge aus dem Baugewerbe besonders stark fühlt, und der fünf bis sechs Jahre übertriebener Spekulation hinter sich hat, werden die Berichte immer trüber. Selbstverständlich ist bei dem hohen Zinsen- und dem ständigen Abfall, daß — wie ein Fabrikant, auf einer Rundfahrt des „Tag“ erwiderte — „wiele Kunden entweder das Zahlungsziel länger als gewöhnlich ausnutzen oder aber versuchen, für Kassoregulierung höhere Conti-

— Mit wachsender Witterkeit wendet sich unter solchen Umständen fast das gesamte Unternehmertum gegen die Preispolitik des Kohlen syndikats. Nach manchen Anzeichen wäre der preußische Landesbaubehördenrat nun mehr entschlossen, durch Änderung der Eisenbahntarife eine größere Auslandsfoturreise zu ermöglichen und vielleicht auch der Kohlenauftaxe die bisherigen Sonderbegünstigungen zu entziehen. Selbst dann läge die Entwicklung noch immer vollständig bei der Regierung, die während der Reichstaginterpretation am 26. November über unverbindliche Allgemeinheiten nicht hinauskam. Charakteristisch ist, daß für die gläubigerwöhnten Brüder in Löhnwerke, die seit jeher die Lohnförderungen ihrer Arbeiter auf das schroffe zurückwiesen, fast jointly und sonder eine noch höhere Dividende als im Vorjahr angekündigt wird: so für die „Eintracht“ circa 24 p. pt. (gegen 20 p. pt. im Vorjahr), für „Alte“ 20 p. pt. (gegen 18 p. pt.), für die Braunschweigweisse „Löhnwerke“ 18 p. pt. auf die Stammlinie und 14 p. pt. auf die Prioritätslinie (1 p. pt. nicht), für „Caroline“ bei Offenbach 25 p. pt. Über die Gründung eines Niedersächsischen Braunkohlensyndikats soll ein Einverständnis in den Grundäugen erzielt sein, so daß die Konsumenten weiteren Prüfungen entgegengehen.

Berlin, 1. Dezember 1907. Max Schipper.

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstage. Noch niemals hat im Reichstage die erste Leistung des Staates einen solch eigenwilligen Verlauf genommen und solch einen Abschluß gehabt, wie die legte. Seit es handelt sich um zwei Fragen von außerordentlicher Bedeutung: Was wird das finanzielle Programm der Regierung bringen und wie werden die Blockparteien sich dazu stellen? Der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Steigcl — derselbe Mann, der im Jahre 1906, als die neuen Steuern geschaffen wurden, versichert, nun sei die „Reichsfinanzreform vollbracht“ — mißt um umfangen zugeben, daß die Reichsfinanznot so groß sei, wie noch nie zuvor. Mindestens 80 Millionen Defizit seien zu reden. Und er erklärt, die Sanierung der Reichsfinanzen habe die größte Elte; es müßten schleunigst neue Einnahmen eröffnet werden. Die neuen Steuerverlagerungen würden schon in nächster Zeit kommen. Was sie bringen sollen, sagte Herr von Steigcl nicht. Aber er versicherte, auf die Fortsetzung direkter Reichssteuern würden die verbündeten Regierungsparteien sich nicht einlassen.

Damit hätte er den wunden Punkt des Blocks in empfindlichster Weise getroffen. Vorführern und Organen der national-liberalen und freisinnigen Blockpartei standen in den letzten Wochen sich zu der Konsolidierung der Führung direkt der Reichstagsabgeordneten. Und sie haben erwartet, die Regierung werde in der laufenden Saison noch nicht die Belastungsprobe des Blocks mit neuen Steuerverlagerungen wagen. Die Reden des Reichstagsabgeordneten enttäuschen sie. In der Debatte stellen die Konserventen sich durchaus auf die Stelle der Regierung. Und auch der Zentrumsredner Dr. Spahn wies die Fortsetzung direkter Reichssteuern zurück. Die Redner der Nationalliberalen und Freisinnigen ließen eine konsequente Haltung in dieser Frage vermissen. Sie erachteten zwar die Einführung jener Steuern als „wünschenswert“, nahmen aber durchaus keine entschiedene Stellung gegen das Programm der Regierung. In die Debatten natürlich auch sehr viele andere politische Fragen und Ereignisse hinein, insbesondere die Standhaftigkeit homosexueller Aussätzlinge, die hohen Offiziere der Armee zur Last gelegt werden und den „Inhalt des Prozesses“ Molles-Garden bilden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Weber und Dr. David unterzogen sowohl die Frage der Reichsfinanzreform, das herrschende Steuersystem, wie die eben erwähnte Standhaftigkeit und die ganze politische Lage einer vermehrten Kritik. Die Blockpolitik schilderten sie an der Hand der Tatsachen als eine Politik der Unwahrsagtheit und des Unheils für das Volk. Es konnte nicht fehlen, daß in der Debatte die scharfe Gegenseitigkeit zwischen den Vertretern des Blocks zum Ausdruck kam. Sechs Sitzungen nahmen die Etatsverhandlungen in Anspruch, und von einer Sitzung zu anderen verstärkte sich die Spannung zwischen beiden Lagern. Vergleichsweise hatte zu Beginn der Verhandlungen Fürst Bülow die Blockführer ermahnt, sich zu vertragen, der Welt nicht das Schauspiel gegen gegenüberzustellen. Sie „vertrugen“ sich wie Hund und Katze, ließen die grimmigsten Worte und Schmähungen gegen einander los und sprachen so den Mahnungen ihres Herrn und Meisters grimmig höhn. Die Spannung erreichte ihren höchsten Grad, als am Mittwoch, den 4. Dezember, der national-liberalen Abgeordnete und erste Vizepräsident des Reichstages einen schweren Angriff gegen den nicht anwesenden Kriegsminister und die Militärjustiz in der Angelegenheit Molles-Garden richtete, sich auf Material zu neuen Entwicklungen beurstend. Die Folge war zunächst ein heftiger Zusammenschluß zwischen den Nationalliberalen und Konservativen des Reichs, die berufen glaubten, die Angegriffenen in Stütze nehmen zu müssen. In großer Erregung folgte diese Sitzung.

Am anderen Tage lag eine schwere, drückende Atmosphäre über dem Reichstage. Es war unverstobar, eine Krise war ausgebrochen. Ehe noch die Sitzung begann, wurde folgendes bekannt:

Der Reichskanzler hatte Morgens die Führer der Blockparteien um sich versammelt und ihnen eröffnet: Die Blockkrise sei nun tatsächlich da. So könne es unmöglich weiter gehen. Mit einem solchen Block könne die Regi-

gelingen nicht arbeiten. Statt „harmonisch“ zusammen zu hören, hörten die Blockparteien der Welt das Schauspiel der Feindseligkeit und Feindseligkeit. Das sei ein unerträglicher Zustand, den unbedingt auf die eine oder die andere Weise ein Ende gemacht werden müsse. Entweder der Blöd vertrage sich und trete für die Regierung ein, oder die Regierung gebe ihm Preis.

Die Führer des Blocks vereinbarten nun unter Zustimmung ihrer Fraktionen folgende standespolitische Taktik: Zu dem Beginn der Sitzung soll der Kriegsminister dem Abgeordneten Pauli die antworten. Dann soll die Vertragung der Verhandlungen beantragt werden, um den Blockparteien Zeit zu geben, zu dem Ultimatum des Reichsanzlers Stellung zu nehmen.

Und so geschah es. Nachdem Herr v. Einem gesprochen, kam der Vertragungsantrag. Sozialdemokrat und Beurteilung bekämpften ihn energisch als den Versuch einer schändlichen Vergewaltigung der Minderheit. Aber die Blockparteien nahmen ihn an. Die Unterbrechung der Verhandlungen bis zum nächsten Tage wurde beschlossen.

Die Parlamentskamarilla war konstituiert. Nun begann das Spiel hinter den Kulissen. Die Fraktionen der Blockparteien traten zusammen, um zu beraten, wie sie den Vorstellungen des Kanzlers Rechnung tragen könnten. Und zu Anfang der nächsten Sitzung trat die Führer einer nach dem anderen auf, machten vor dem leeren Sesselstiel ihre Reverenz und erklärten, daß sie nach wie vor entschlossen seien, „zu ammen zu halten“ und ergeben den Willen des Fürsten Bülow die Blockpolitik fortzuführen!

Aber mit dieser Art der Selbstverständigung war es nicht genug. Die konserватiven, nationalliberalen und „freisinnigen“ Block-Landsleute wollten noch einer der ehemaligen Streide, den die Geschichte unseres Parlamentarismus kennt. Aus Furcht vor der Kritik ihrer Gegner beschlossen sie den Schlaf der Debatte, die Beendigung der ersten Sitzung des Staats. Dieser geht nun an die Kommission.

So hat denn der Blöd in seiner ganzen Jämmerlichkeit sich gezeigt. Freilich ist er wieder zusammengekommen. Aber die inneren Gegensätze sind damit nicht überwunden. Sie können auch nicht überwunden werden: Der Regierung kommt es jetzt nur darauf an, sich die Führer der Blockparteien für die Durchführung ihrer Steuerpläne auf alle Fälle zu sichern. Hat sie in diesem Punkt erreicht, was sie erreichen will, so wird auch das Ende des Blöds gekommen sein. Und die Biberale werden dann daselbst als die Blamerten und Verrogenen. Oder sagen wir richtiger, als die betrogenen Betrüger.

Am 6. Dezember war der erste „Schwerinstag“. Es sind das solche Tage, die der Erledigung von Initiativvorschlägen aus der Mitte des Hauses gewidmet sind. Zur Beratung gelangte der Antrag Hompesch und Genossen (Centrum). Es forderte „im Interesse des Handwerkerstandes“ die Vorlage von Gesetzesentwürfen zur Eingrenzung von Fabrik und Handwerk, Herausziehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Handwerkerorganisationen für gewerbliche Ausbildung, Ausbildung von Lehrlingen nur durch Handwerker mit dem Meisterstitel, Erweiterung der Grenzen der freiwilligen Invaliderversicherung, Sicherung der Bauforderungen. Weiter verlangt der Antrag Verstärkung der Handwerkergenossenschaften und Meister bei Vergabe von Arbeiten und Lieferungen durch das Reich und ein Handwerkerland nach dem Vorbild des Reichsarbeitsblattes. Zu Gunsten des kaufmännischen Mittelstandes verlangt der Antrag eine Erweiterung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb und die Einrichtung von Handelsinspektoren aus dem Kaufmannsstande. Schließlich verlangt der Antrag Erhebungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes.

Die Begründung des Antrages durch den Abgeordneten Timborn und seine Unterstützung durch Redner der Konserватiven war natürlich von der Leidenschaft beherrscht, die „Mittelstandstreue“ des Centrums und der Partei der Rechten recht demonstrativ anzuspielen. Herr Timborn will, daß von den Wohltaten der Sozialpolitik möglichst viel dem kleinen Mittelstand zuliefe; diesen müsse schnell geholfen werden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Robert Schmidt-Berlin legt in längerer, durch strenge Objektivität und fiktive Schärfe ausgeschilderte Rede die Stellung seiner politischen Freunde zu den in dem Antrag enthaltenen Fragen dar. Gegen die Abgrenzung von Fabrik und Handwerk hat die Sozialdemokratie nichts einzubringen.

Zu dem Forderung, daß die Fabrikbetriebe zu den Kosten beitragen, die die Handwerksorganisation für die gewerbliche Ausbildung zu tragen hat, bemerkt Redner, daß dazu jede Unterlage fehle, über die Unternehmensvereinigungen wisse man so gut wie nichts. Man könne noch nicht einmal die Mitgliedszahlen, viel weniger das Finanzgebaren und die Aufwendungen für gewerbliche Ausbildung. Das städtische Jahrbuch bringt über die Unternehmensverbände und Zinngüter gar nichts. Die Angaben über die Berliner Zinngüter zeigen, daß die freien Zinngüter viel mehr Aufwendungen für die Lehrlingsausbildung machen als die Zwangsinnungen.

Bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten und Lieferungen für das Reich verlangt der Antrag die Verstärkung der für die betreffenden Gewerbe bestehenden Tarifverträge. Das findet unsere Billigung. Wir verlangen aber weiter, daß an solche Unternehmer die Arbeiten nicht vergeben werden, welche keine eigenen Werkstätten haben.“ Der sozialdemokratische Abgeordnete wandte sich dann zur allgemeinen Betrachtung über die Frage der Ehedung des Handwerks. In der Debatte fanden noch viele Redner zu Wort, von der Sozialdemokratie sprachen noch Brähne und Albrecht. Was übrigens die Regierung für die Handwerker übrig hat, wurde dadurch recht schön illustriert, daß keiner ihrer leitenden Geister der Verhandlung beitrete.

In der nächsten Nummer werden wir über die erste Vertragung des Vereinsgesetzes zu berichten haben.

Die Architekten und die Sicherung der Bauwerke. In dem fest den Reichstag befürchtenden Gesetzentwurf über Sicherung der Bauforderungen ist von den Architekten nicht die Rede. Jetzt nimmt eine Petition der Vereinigung Münchener Architekten dazu Stellung. Sie besagt, daß die Architekten schon nach den bisherigen Gesetzen hinter den Handwerkern zurückstehen, „obwohl sie die ersten sind, die mit ihrer Arbeit zu einem Bauvorhaben herangezogen zu werden pflegen, und meist auch die leisten, welche für den Bau tätig werden, die sie ihre Arbeit mit der

Prüfung der Abrechnungen nach Vollendung des Bauwerkes schließen.“

Dann wird ausgeführt:

„Der Unternehmer, der zu einem Bauwerk Arbeiten leistet, kann bei sämiger Zahlung oder Unzufriedenheit des Bauherrn seine Forderung im Hypothekenbuch oder Grundbuch vormerken lassen; dem Architekten ist dieses Schriftstück verfasset.“

Die bestehenden Gesetze gestatten ihm die hypothekarische Sicherung seiner Forderung nicht, aber wenn ein Architekt im Auftrage eines Bauherrn einen Plan gefertigt hat, der bereits rechtskräftig geworden ist, und der Bauherr akzeptiert, so führt dessen Beauftragter das Bauwerk nach dem genehmigten Plan ungefähr aus, benötigt also das geistige Eigentum des Architekten zu seinem Nutzen und Vorteile, ohne ihm auch nur die geringste Entschädigung schuldig zu werden. Schutz des geistigen Eigentums gibt es aber nur für den allenfalls als künstlerisch anzuschenden Teil des Planes, nicht für den konstruktiven.

Architekten, welche gleichzeitig Bauunternehmer sind, befinden sich in weit besserer Lage, da ihnen zur Sicherung ihrer Forderungen dieselben Mittel zu Gebote stehen wie den Handwerkern. Wenn sie einen Bau in eigener Unternehmung für Rechnung eines Bauherrn ausführen, so können sie auch die Kosten für Planfertigung mit ihrer übrigen Forderung vormerken lassen.“

Wenn nun durch den erwartenden Gesetzentwurf die als Unternehmer tätigen Architekten in Bezug auf ihre Forderungen noch wesentlich günstiger gestellt werden wie bisher, so kommen diejenigen, die sich nur mit Planfertigung und Bauleitung befassen, also gerade jene Architekten, deren Tätigkeit gegenüber dem Befsteller der Bauforderungen gegenüber dem Staate oder der Gemeinde entspricht, in doppelter Hinsicht, weil ihre Forderungen nicht als bevorzugt gelten, wie jene des Beamten, Arbeiters oder Dienstboten.

Es darf beigelegt werden, daß Architekten, welche nicht auf eigene Rechnung bauen, sondern deren Tätigkeit sich auf die bautechnische Beratung des Publikums und Bauleitung bezieht, meist akademisch und künstlerisch vorbildet sind, und für die Durchführung der Grundzüge der Bau Sicherheit und Ästhetik eine erhöhte Gewähr bieten, so daß die Erhaltung dieses Standes gewiß auch im Interesse der Allgemeinheit liegt.“

Die Petitionen richten aus diesen Gründen an den Reichstag die Bitte:

„Es wolle in dem zu erlassenden Gesetze über Sicherung der Bauforderungen die Anfertigung von Bauplänen und die Bauleitung gleich den Arbeiten der Handwerksmeister als Lieferung oder Leistung zu einem Bau erachtet werden, für welche die im Gesetze vorgesehene Sicherung der Bauforderungen in vollem Umfange Platz zu greifen hat.“

Wir sind der Ansicht, daß dieses Verlangen durchaus berechtigt ist.

Die „Konsequenz“ des Freiheitsmarsches illustriert die „Vereinigte Volkszeitung“ durch Unterzeichnung zweier Freiheitszettel eines freiheitlichen Führers im Reichstag:

Abg. Dr. Wiemer namens der Freiheitsmarsch am 18. Januar 1905.

Meine Herren, der Herr Ministerpräsident hat aufgefordert, Vertrauen zur Regierung zu haben, daß die Interessen des Landes wahrgenommen werden. Ich bedaure, für meine politischen Freunde erklärten zu müssen, daß wir dieses Vertrauen nicht haben. Wir können nicht sehen auf gefällige Worte, sondern auf die Taten der Regierung, und Herr Graf Bülow wird sich nicht wundern, daß nach den Taten der Regierung der entschieden Liberalismus in Stadt und Land die innere Politik nicht billigt, sondern bekämpft in der Überzeugung, daß die Signatur einer gefundenen Politik die Wohlfahrt aller sei.“

Abg. Dr. Wiemer namens der Freiheitsmarsch am 5. Dezember 1907.

„Für die freiheitliche Volkspartei, die freiheitliche Vereinigung und die Deutsche Volkspartei habe ich zu erklären, daß wir einmütig gewillt sind (Brabpol rechts), getrennt unserer bisherigen, aus sachlichen Gründen beobachteten Haltung, die Blödpolitik weiter zu unterstützen, um unter Wahrung unserer politischen Grundzüge durch unsere Wirkung Fortschritte in der Richtung unserer Ansprüchen zu erreichen zum Besten des Vaterlandes.“

Auso im Januar 1905 das entschiedenste Mißtrauen gegen die Regierung Bülow, deren innere Politik befürchtet werden muß. Im Dezember 1907 ein Vertrauensvotum für eben dieselbe Politik, die man untersagen will. Erfüllt die ausdrückliche Verpflichtung des Vertrauens, dann die demonstrative Verbindung der Unternehmensbereitschaft. Dabei ist an der Politik, die man erst verwirkt, dann unterstellt, nichts geändert worden. Bülow ist heute so agrarisch, so reaktionär, wie er im Januar 1905 gewesen ist. Die neuere Geschwindigkeit über die Polen entzieht und das Vereinsgesetz sind die direkte Verleugnung auch der einfachsten liberalen Prinzipien und Forderungen. Nichts ist geschiehen, um das berühmte Programm der „mittleren Linie“ in irgendwie faßbarer Weise zu verwirklichen.

Bülow will als Agrarier sterben. Bülow bleibt, der er ist. Liberale Zugeständnisse werden nicht gewährt. Aber das tut nichts. In noch nicht zwei Jahren kann sich eine „entwicklungsstark“ Partei unter der Führung sozialdemokratischen Genius aus einer Partei der misstrauischen und kampfwilligen Opposition gar herlich durchentwickeln zu einer freiwillig-gouvernementalen Partei der vertrauensseligen und unterstützungsbereiten Gügschnittheit.“

Der sechste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird einem Beschuß des Gewerkschaftsausschusses gemäß am 22. Juni 1908 in Hamburg zusammengetreten. Tagessordnung usw. wird später bekannt gemacht werden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernher nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten;

Deutschland:

Hannover:

Spadenland (Sperre über Neben), Ochsenwälder (Sperre über A. Blecken);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulismoor (Streiks), Apenrade (Sperre über Callasen), Wedel (Sperre über Hatje), Husum (Sperre über Potersen);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke);

Brandenburg:

Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus, Jüterbog (Sperre über die Bauten von G. Wäsch-Jüterbog, Niendorf an Maltershausen und W. Rügen aus Treuenbrietzen im „alten Lager“);

Pommern:

Pyritz (Sperre über Friedrich Berg), Sydowsee (Sperre über W. Berg in Podejuch), Köslin (Sperre über Schüttner), Neustettin (Sperre über Duske);

Ost und Westpreussen:

Sensburg (Sperre über Behse), Rastenburg (Sperre über Modricke);

Posen - Schlesien:

Muskau (Sperre über Stulpnagel), Waldenburg (Sperre über Täiser in Neu-Salzbrunn), Weisswasser (Sperre über Hubatsch);

Königl. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse, Bernadt & Söhne, Berlinerstrasse, Lang & Rümmler, Kantstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutnant Eisengiesserei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Potschappel (Sperre über das Baugeschäft von Heger), Döhlen (Sperre über die Bauten der Gussstahlfabrik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Celle, Norderney (Aussperrung);

Hessen und Waldeck:

Gießen (Sperre über Bernhard in Kleinlinden), Schmalcalden (Sperre über Peter);

Bayern:

Seib (Sperre über Jäger & Werner), Diessen (Streik);

Fliesenleger:

Duisburg (Sperre über die Zwischenmeister Krüskens und Gebe Bönig), Barmen-Ellerstaat (Sperre über Rumenhölle), Elberfeld (Sperre über Bross & Hammelsbeck).

Oesterreich:

Marienbad i. Böhmen (Aussperrung).

Ungarn:

Ujvidék, Zsombolya, Lombar (Aussperrungen).

Herr Genske ist abgeschüttelt.

Der Vorstand des Verbundes der Baugeschäfte Berlin macht in Nr. 49 des „Zentralblattes“ bekannt:

Wir teilen hierüber mit, daß Herr Baumeister Otto Genske, Berlin NW, Endener Straße 89, seinen Austritt aus dem Verband erklärt hat.

Wit dem in der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Presse erwähnten Unternehmen des Herrn Genske hat der Verband der Baugeschäfte keinerlei Verbindung.

Der Vorstand.

Der Vorstand gehörte damit einem zwingenden Gesetz der Kleinlichkeit. Es ist freilich nicht gesagt, daß der Verband der Baugeschäfte nun auf die schwärmenden Dienste des p. v. Genske völlig verzichten will.

Heuer, Fiedler, Schröter.

Der Vorstand gehörte damit einem zwingenden Gesetz der Kleinlichkeit. Es ist freilich nicht gesagt, daß der Verband der Baugeschäfte nun auf die schwärmenden Dienste des p. v. Genske völlig verzichten will.

Gau Cöln.

In Barmen-Ellerfeld verhindern einige Unternehmer, den Tarif zu durchbrechen. Leider haben sie bei einem Teil der Kollegen Erfolg damit. Die Firma Biffen & Co. zahlt 8 bis 7,3 weniger Stundenlohn, als im Tarif vorgegeben ist. Als der Zweigvereinsleiter deswegen vorstellig wurde, befand er einen Schwachsinn großer, ungläufiger Reden an dem Kopf geworden. Das ist fast Unternehmensmanier! Zu bedauern ist nur, daß sich die Kollegen dieses Unzulänglichen losen, ohne dem Statthalter die Arbeit vor die Füße zu schmeißen. Der Unternehmer Hillebrandt hat die Maurer entlassen, weil sie ja dem Polizei sozialdemokratisch vorschreiten. Er meint, wenn er Christliche beschäftigt, würde er bei einem Bau 2000 sparen. Man kann es am Prozentum der Maurer merken, daß Winter und Frühling vor der Tür stehen.

Gau Hannover.

In Hannover ist es auf einer chemischen Fabrik (Inhaber E. de Gert) zum Streik der Fabrikarbeiter gekommen, wobei 13 unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen sind. Vor Arbeitssuchende auf diesem Werke wird hiermit, so lange der Streik dauert, genutzt.

Gau Stuttgart.

Die Karlsverträge in Schlingens, Murringen und Bussenhausen sind unsererseits ordnungsgemäß gefündigt worden. Alle drei Verträge haben noch bis zum 1. Mai Gültigkeit. Da die drei Orte zur weiteren Umgebung Stuttgarts gehören und die dort beschäftigten Kollegen auch zum Zweigverein Stuttgart zählen, wo durch den diesjährigen Vertragsschluss eine Lohnsteigerung von 8 % erreicht wurde, so ist es sicher anzunehmen, daß auch in diesen Orten eine wesentliche Verbesserung der Lohnverhältnisse erreicht wird, wenn die Kollegen dafür sorgen, daß auch der legitime Maurer dem Verband angehört.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ergebnis der Delegiertenwahlen zur Fliesenleger-Konferenz.

Gau	Wahlabteilung	Name des Delegierten	Wohnort des Delegierten
1 Breslau	Hermann Freitag	Breslau	
2 Berlin	Heinz Waldheim	Berlin-Schöneberg	
3 Hamburg	Emil Kammer	Hamburg	
"	August Hahn	Hamburg	
4 Hannover-Dessau	Wolff Schreiber	Hannover	
5 Nürnberg-Görlitz	Erich Lippisch	Hannover	
6 München	Albert Müller	Nürnberg	
7 Stuttgart	Heinrich Weinhold	München	
8 Straßburg i. E.	Carl Dietrich	Stuttgart	
9 Karlsruhe, Mannheim, Worms	Johann Frick	Straßburg i. E.	
10 Bremen, Oldenburg, Osnabrück	Gottlieb Kiehner	Annelingen	
11 Bremen, Dortmund, Gelsenkirchen	Wilhelm Wille	Gelsenkirchen	
12 Essen	Adolf Günther	Essen	
13 Köln a. Rh.	Peter Kügig	Cöln a. Rh.	

Stichwahlen

haben stattzufinden in den Wahlabteilungen 10 und 13 (Coblenz, Frankfurt, Wiesbaden und Barmen-Giersfeld, Duisburg, Mülheim a. d. Ruhr, Münster).

10. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Carl Oswald-Frankfurt 21, Albert Sammlig-Frankfurt 18, Peter Gund-Wiesbaden 25. Stichwahl zwischen Oswald und Gund.

18. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Albert Schade-Barmen 8, Erich Vermel-Duisburg 7, Albert Müller-Duisburg 11, Bernhard Meiß-Nürnberg a. d. Ruhr 13. Stichwahl zwischen Müller und Meiß.

Die Stichwahlen müssen in der Zeit vom 15. Dezember bis zum 22. Dezember stattfinden. Die Stichwahlprotokolle müssen bis zum 24. Dezember in Händen des Verbandsvorstandes sein. Später eingehehende Protokolle können keine Verabschiedung finden.

Die Anträge zur Fliesenleger-Konferenz werden in der Nummer 51 des "Grundstein" veröffentlicht.

Krankenunterstützung.

Kant § 32 des Status wird Krankenunterstützung nur während der Monate März bis inkl. November gewährt. Es darf daher von Sonntag, den 1. Dezember dieses Jahres, bis Sonnabend, den 29. Februar, nächsten Jahres, Krankenunterstützung nicht gezahlt werden.

Verbandskalender. Die erste Ausgabe des Kalenders ist vergriffen. Für den Fall, daß in kurzer Zeit noch größere Bestellungen (insgesamt mindestens 1000 Exemplare) gemacht werden, lassen wir aufs neue drucken.

Mitgliedskarten. Die mit dem nächsten Jahre zur Einführung gelangenden Mitgliedskarten können, wenn die in den Zweigvereinen vorhandenen Mitgliedsbücher vergriffen sind, bereits vom 1. Dezember d. J. an bei Neuaunahmen verwendet werden.

Die Karten werden Zweigvereinen unter 500 Mitgliedern nur auf Bestellung, den Vereinen mit 500 und mehr Mitgliedern dagegen erstmalig ohne Bestellung zugestellt.

Stierbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

- a) das Mitgliedsbuch des bereitstehenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuüben ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 2. bis 7. Dezember für folgende Mitglieder erteilt:

Aug. Kirch-Schmitz, 274225; Ga. Haustadt-Frankfurt a. M. (Ffrau), 21429; T. Gelbermann-Cöln, 61121; Jul. Siebe-Lüdenwalde, 85085; Mag. Barthel-Breslau, 180023; Heinrich Maier-Gassel, 88360; Dr. Dr. Lehmann-Dresden, 144235; Karl Werner-Dresden, 189235; F. S. Rätscher-Dresden, 254795; H. Möller-Erfurt, 17455; Karl Schüller-Krausnick (Ffrau), 81890; Friedr. Ge-Leipzig, 35645; Emil Schenck-Bromberg, 56636; M. Smocznik-Bromberg, 318683; Friedr. Nobels-Fork i. d. L., 68689; Alfred Schaff-Göttingen, 153285; Franz Mittmeyer-Hamburg, 30087; Ludw. Jürgen-Würzburg (Ffrau), 331423; Ad. Schumacher-Coblenz (Ffrau), 219218; Eg. Krug-Hannover (Ffrau), 32284; Eg. Barth-Frankfurt a. M. (Ffrau),

27811; Ludwig Jung-Frankfurt a. M. (Ffrau), 22276; Eb. Wobbe-Vremenhaven, 116080; Al. Schneider-Schneidius (Ffrau), 40699; Ad. Götsche-Hamburg, 26372; Val. Jos. Malin (Ffrau), 40699; Ad. Götsche-Dresden, 18399; Joh. Lupus-Nagelburg (Ffrau), 213614; Alte. Rothenburg-Lünen, 169406; Conrad Hammann-Udenhain (Ffrau), 238132; Karl Adalbert-Münzen, 88414; Louis Bettler-Döbeln (Ffrau), 223127; Aug. Bonge-Bromberg, 318683; Paul Lehmler-Cöln (Ffrau), 280223; H. Heuer-Fadendorf (Ffrau), 87927; Eb. Volz-Cöpenick, 61318.

Geldsendungen für die Hauptklasse sind nur an den Kassierer J. Häder, Hamburg 1, Beseubindhof 56, zu adressieren. Der jeder Sendung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 8. Dezember 1907 sind folgende Verträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Gronau A. 10,80; Löbau 259,20; Genthin 100; Roßlach 10; Groß-Boden 36,40; Meißen 800; Meißen 600; Borsigheim 500; Duhum 300; Neustadt a. d. O. 200; Lüda 251,20; Zittau 250; Elmsdorf 250; Neustrelitz 200; Eisenach 200; Markranstädt 200; Neulengen 200; Ronneburg 100; Schwedt a. d. O. 12,44; Plaue 1. Vogtl. 800; Lüdenscheid 400; Alt-Rathen 400; Braunschweig 200; Soltau 200; Witten 160; Neuhardenberg 30; Siegen 1600; Hof 800; Boffzen 400; Jenau 400; Cunnersdorf 335,65; Bleckhausen 800; Erfurt 200; Zeitz 200; Goslar 200; Aue 150; Eiseneroda 100; Heiligenstadt 92,50; Gräfenroda 20; Halle 4000; Gotha 400; Karlshöhe 400; Rosien 400; Oranienburg 200; Vahn 200; Bromberg 575; Gelenau 400; Hohenstein-Ernstthal 29,5; Biedenkopf 100; Bielefeld 60; Reunenburg 267,96; Mühlau 200; Kempen 200; Olching 150.

b) Für Kalender.

Märkisch-Oderland 50; Lüda 6; Bleckhausen 25; Heiligenhafen 7,50; Gommern 5; Alt-Gießen 6; Bromberg 25; Hohenstein-Ernstthal 5; Nordhausen 50.

c) Für Butterale.

Pforzheim A. 10; Forst 5.

o) Lohnarbeits- und Statistik.

Neuhardenberg A. 5.

o) Bericht der Bauarbeiterkenschkommission.

Forst A. 70.

o) "Mahnwort".

Forst A. 2,50.

g) Arbeit und Kultur.

Pforzheim A. 4,50.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben und denen nicht gleichzeitig eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Hans Wille-Hamm i. W. (Verb.-Nr. 53257), Wilh. Göbbes-Greifswald (355665), A. Anders-Völkum (149080), Ernst Hinze-Freienwalde (69498), Otto Gebler-Gräfenroda (73457), Joh. Holmann-Schüttorf (136324), Heinr. Hößling-Uhlen (173348), W. S. J. S. Oberhausen (212432), W. H. S. S. S. D. Lüdenscheid (333110), Joh. Kellert-Münzen (360022), Max Schleifer-Berlin (11307), Wilh. Geißn-Berlin (343770), Karl Wüll-Frankfurt a. M. (305278), Ant. Blumaj-Parmen (410818), Chr. Fischer-Gelsenkirchen (289597), Peter Zöns-Cöln (260881), H. G. Junghaus-Dresden (189737), H. Eidenberg-Cösel (334552), Adu. Werner-Gassel (120081), Aug. Knut-Wädleburg (42828), Aug. Valpe-Mainz (40655), Rud. Kroll-Wiesbaden (17224), Eg. Schärer-Gießen (43-195), Al. Bielinski-Gießen (212478), Carlo Gregori-Hamburg (202110), St. Banafjord-Hamburg (202336), Joh. Wirt-Hof a. d. S. (325602), Simon Winter-Cöln (61026), Franz Pfleider-Sonderburg (265640), Eb. Löffelholz-Berlin (351118), Fred. Jeinitz-Berlin (196591).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87b des Status vom Zweigverein Berlin (Sektion der Gips- und Gemenibranche): Adolf Schwabe (Verb.-Nr. 196777), Wilh. Wollenberg (280566).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Stelle nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, Ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Südwürttemberg: R. Wagner, geboren am 2. Februar 1889 zu Krebsförden b. Schwerin i. M. (Verbands-Nr. 142449); Sektion Südwürttemberg des Schweizerischen Maurerverbandes: Carl Ottani, geb. am 18. April 1882 zu Südtirol (Verb.-Nr. 316); des Schmelz. Verb.; Kiel: Georg Glotow (182023); Lübeck: Heinrich Schoop (160466), das aus der Bibliothek entliehenen Buch "Arbeit und Kultur" zurückzuführen.

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden erachtet, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Der christliche Bauhandwerkerverband 1906/07.

Nach der Abrechnung über das erste Halbjahr 1907 (veröffentlicht in Nr. 41 der "Baugewerkschaft") hatte der christliche Verband am 30. Juni 42110 Mitglieder. Diese Zahl bedeutet gegen den Stand am Jahresende 1906 eine Zunahme von 6834, und innerhalb eines Jahres eine Zunahme von 6878, gleich 18 vpt. des alten Bestandes. Das ist in Betracht der im letzten Jahr schon etwas mühsamen Konjunktur ein beachtlicher Zufluß. Die absolut größte Mitgliederzunahme ensfand, wie in früheren Jahren, auf die rheinisch-westfälischen Bezirke, die auch nach wie vor den Grundstock der christlichen Organisation bilden. Der Bezirk Bremen hat seinesfalls einen Rückgang von 9920 auf 9129 zu verzeichnen, in Wiesbaden ist das aber nicht der Fall; denn ein neu gebildeter Bezirk

Baderborn mit 2184 Mitgliedern, hat 18 Orte von Bremen übernommen, wo vorher 733 und in diesem Jahre 1208 Mitglieder gezählt wurden. Auch in den anderen Bezirken haben Verschiebungen festgestellt, u. a. ist die Verabsiedlung mehrerer Zahlstellen zu einer erfolgt, so daß sich ein genauer Vergleich über Abs. oder Zunahme in den einzelnen Orten nicht ziehen läßt. Die beiden rheinischen Bezirke Cöln und Niederrhein erzielten eine Mitgliederzunahme von 4780 auf 5326 und von 2765 auf 3593, zusammen also einen Zuwachs von 1874 Mitgliedern; in den westfälischen Bezirken Bremen, Hagen, Münster (sagt auch Baderborn), stieg die Mitgliederzahl von 13454 auf 15465. In dem ganzen erwähnten Gebiet sind für 1905/06 20999 und für 1906/07 24384 Mitglieder angegeben. Da die beiden Provinzen, die einzigen Landesteile sind, wo die christliche Organisation den freien Organisationen in der Mitgliederzahl ziemlich nahe kommt, sei hier eine Gegenüberstellung mit unserem Verbande eingeschaltet.

Christl. Bauhandwerkerverband	Centralverband der Maurer
Bezirke	Gau
Mitglieder	Mitglieder
Bremen	Cöln
9129	6288
Dugen	1016
Münster	3136
11197	17485
Baderborn	2184
Cöln	5226
Niederrhein	3593
Summa	24384

Diese sind fast nur Maurer.

Will Maurer allein bleibt also der christliche Verband etwa um 1000 Mitglieder hinter uns zurück.

Hierdorff etwa zwei Drittel Maurer.

Maurer, also rund 16300.

Maurer.

Im übrigen hat der christliche Verband seine Mitgliederzahl erhöht im Bezirk Palz-Saargebiet-Böblingen von 877 auf 1220, Baden, Württemberg, Elsaß von 884 auf 1189, Südböhmen von 809 auf 689, Nordbayern von 659 auf 1135, Mittelbayern von 2236 auf 2838, Hannover (wozu Braunschweig, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein gerechnet werden) von 2977 auf 3124, Ostwestfalen von 1899 auf 2002, Polen-Schlesien von 1705 auf 1852, Oberhessen von 529 auf 537. — In Brandenburg-Pommern ist die Mitgliederzahl von 1298 auf 1137 gesunken, trotzdem zu den früher nur alleinigen Berliner Zahlstellen die Lire, Greifswald, Tornen, Schlesien, Tribsees und Bries mit zusammen 120 Mitgliedern hinzugekommen sind. Ebenfalls etwas verloren hat Westpreußen, hier ist die Mitgliederzahl von 1275 auf 1227 gesunken, trotz Zunahme der Zahlstellen von 7 auf 12.

Abgesehen von etwaigen Einzelzahlen (im ganzen 76), über deren Aufenthaltsort in der Abrechnung naturgemäß kein Aufschluß gegeben werden kann, hat der christliche Verband keine Mitglieder in Medienburg und der Provinz Schlesien-Glatz, nati. Ausnahme von Kiel, wo 14 Mitglieder liegen. Das Königreich Sachsen ist mit Bayreuth (zu Schlesien gerechnet) und die Thüringische Staaten sind mit Schlesien (zu Brandenburg) vertreten. In der Abrechnungsperiode (vom 1. Januar bis 30. Juni 1907) sind 18787 Personen aufgenommen worden, da aber die Mitgliederzahl nur um 4034 stieg, gingen in derselben Zeit 14758 verloren. Die Fluktuation ist also außergewöhnlich groß, viel stärker als in unseren Organisationen.

Der Anteil der verschiedenen Berufe an der Mitgliederzahl ist in dem Halbjahresbericht nicht angegeben. Nach den Jahresberichten 1904 und 1906 war er im 3. Quartal wie folgt:

	1904	1906
Maurer	10467	23580
Stuckateure und Putzer	672	1417
Fliesenleger	26	189
Zementierer	13	284
Dachdecker	190	449
Steinarbeiter	371	799
Zimmerer	551	2639
Bauhilfsarbeiter	1663	7208
Anderer Berufe	68	65
Summa	14021	36628

Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl:

1904	1906
12 676	33 959

Bei einer Einnahme (Hauptklasse) von M. 288 555,27 und einer Ausgabe von M. 287 801,22 verringerte sich der Kassenbestand der Hauptklasse von M. 173 143,87 auf M. 163 897,92, also um M. 9245,85. Das Gesamtvermögen vermehrte sich durch Ansammlung in den Dotationsfassen von M. 247 759,25 auf M. 261 286,21, also um M. 13 578,98.

Für die Wochenbeiträge bestehen in dem christlichen Verband elf Klassen, von 25 bis 75 vpt., mit Abstufung von je 5 vpt. Abgesehen von der niedrigsten und der höchsten Klasse, die aber nur für verhältnismäßig wenige Mitglieder in Betracht kommen, ist der Beitrag ziemlich ebenmäßig bemessen wie in unserem Verband. In der Durchschnittsleistung pro Kopf, Woche und Jahr bleibt der christliche Verband hinter unserer Organisation etwas zurück. In beiden Verbänden würde für die Jahre 1905 und 1906 die durchschnittliche Einzelbeitrags wie folgt festgestellt:

1905	Christlicher Verband
Märkennmagazin	88,81
Jahresbeitrag	M. 17,22
Wochenbeitrag	M. 15,41
Wochenbeitrag	— 40%

1906

Centralverband	Christlicher Verband
Markenumsatz.....	88,76
Jahresbeitrag.....	17,57
Wochenbeitrag.....	-45,74

Der Durchschnittspreis alter, verkauften Märsen ist im Jahre 1906 im christlichen Verband scheinbar höher als im Centralverband, tatsächlich ist das aber nicht zutreffend; denn bei uns sind nur die eigentlichen Verbandsbeiträge (ohne örtliche Zusätze) gerechnet, während in der Rechnung des christlichen Verbandes die örtlichen Zusätze enthalten sind.

Weitere Vergleiche der Leistungen beider Verbände im Jahre 1906 ergeben das folgende für die Hauptstädte:

Es verausgaben pro Kopf

	Centralverband	Christl. Verband
	K.	K.
Für das Verbandsorgan	1,12	1,03
" fremdsprachige Zeitungen	.05	.24
" Agitation (mündlich u. schriftl.)	.72	2,61
" Unterhaltung	.06	.05
" Kreisfests	6,26	4,10
" Gewerkegelle	.06	.05
" Redaktion	.33	.14
" Wanderunterstützung (Winter)	.07	—
" Krankenunterstützung	.91	.19
" Unterstützung in Todesfällen	.35	.14
" Soziale Verwaltung	.17	.63
" Periodische Verwaltung	.15	.20

Der Unterschied in einigen bedeutenden Ausgabepunkten ist sehr erheblich, aber auch ganz natürlich. Die größere Organisation kann in allen Säcken vortheilhaft wirken, kann für Unterstützungs-zwecke prozentual mehr aufwenden und braucht für Agitation und Verwaltungszwecke weniger Mittel als die kleinere Organisation. Welch ungeheuer Unterchied tritt uns da entgegen in bezug auf Agitation und Verwaltung. Auch bei uns muß Jahr für Jahr eine große Summe (1906 K. 128 000) für Agitation ausgewendet werden, der mehr als fünfzig kleinere christliche Verband verausgabt in demselben Jahre für denselben Zweck (K. 87 728,08) pro Kopf beinahe das Vierfache dessen, was wir aufwenden müssen. Dies dürfte als einwandfreies Zeichen dafür zu betrachten sein, daß wir eine bessere Sache als der christliche Verband vertreten. Beigleich des Fachtorgans ist noch zu bemerken, daß, an dem Umfang der Blätter gemessen, die Herstellung- und Verbandsblätter der "Baugewerkschaft" um fast das Dreifache höher sind als beim "Grundstein". Das Verhältnis ist nämlich in abgerundeten Bruchzahlen dieses: "Grundstein".... 686 Seiten = K. 1,12 = 1/6 & für 1 Druckseite, "Baugewerkschaft" 224 = = 1,08 = 1/6 = 1 "

Alles in allem ist leicht ersichtlich, daß der Centralverband der Maurer Deutschlands, was die Ökonomie betrifft, in jeder Beziehung von seinem christlichen Konkurrenten den Vorzug hat. Über den Wert der einen und den Unwert der anderen Organisation in bezug auf Weg und Ziel braucht in diesem Zusammenhang wohl nichts gesagt zu werden.

Augsburg. In gut besuchter Mitgliederversammlung referierte am 1. Dezember der neue Geschäftsführer von hier, der Witte Februar in Augsburgs Maurern seinen Einzug hält. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht von der zweiten Bauarbeiterkonferenz. 2. Vortrag des Kollegen Ulrich aus Nürnberg über: "Die wirtschaftliche Lage in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung unseres Berufs". Kollege Dörrich, der als Referent in München war, berichtet über den Verlauf der Bauarbeiterkonferenz. Die Versammlung verbrachte, in diesem Sinne zu wirken. Alsdann referierte Kollege Ulrich. Es wurde gesagt, an der Hand von Statistiken, wie auch Generalversammlungsberichten von Aktionären, daß den Befindenden immer noch mehr bleibt als den Arbeitern. Besonders kritisierte er die Aktionärschaft Schudertwerk, welche bereits vor dem Konfus stand. Über der Referentenfonds von 18 Millionen hält dieser wieder aus der Schlappe. Die Ursache dieser Geschäftsschädigung war, daß sie nicht alle Aufträge in der bestimmten Zeit abliefern konnte. Wie bei dieser Art der Referentenfonds das Werk über Wasser hielt, so muß auch ein größerer Referentenfonds bei einer etwaigen Krise innerhalb des Baugewerbes die Kollegen vor dem Untergang der uns edlen Sache retten. Er ermahnte die säumigen und wegen Schulden gestrichenen Kollegen mitalem Ernst an ihre Pflichten. Die Seiten seien ernst; man solle als Verlustkollege mit gleichem Eifer ans Werk gehen wie unser Protagonist, sich gegen jede Verbesserung des Loses der Arbeiter sträubendes Unternehmertum. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Bernsdorf. Am 1. Dezember tagte im Rathaus "Zum Löwen" in Kamenz eine öffentliche Maurerversammlung, die aber leider sehr schlecht besucht war. Als Vorsitzender wurde Kollege Friedrich und als Schriftführer Kollege Hartmann gewählt. Sodann hielt Kollege Friedrich aus Dresden einen Vortrag über: "Die Entwicklung des Kapitalismus". Er entledigte sich seiner Aufgabe in vor trefflicher Weise und zeigte hierbei die Auswüchse der Unternehmerverbände in hellstem Lichte. Dann wurde beschlossen, die Forderungen: 38 ½ Stundenlohn und zehn stündige Arbeitszeit, dem Arbeitgeberverband einzurichten. Es wäre wohl an der Zeit, wenn sich die Kollegen in Kamenz etwas mehr der Organisation widmen würden, denn hier haben die Maurer nur Geld für Almosenvereine; für bessere Lohn und Arbeitsbedingungen etwas zu opfern, ist hier nicht möglich. Wenn der Maurergesellenverein vielleicht glaubt, er habe im vorigen Jahre die Lohn erhöhung gebracht, so wird er sich sehr irren, denn die Unternehmer haben lediglich aus Furcht, der Verband

könne auch hier zu Kräften kommen, ein paar Pfennige zugelassen. Hoffentlich werden die Kollegen in Zukunft mehr Interesse für die Organisation zeigen, damit wir auch in diesem Winkel ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Bonn: Sonntag, den 1. Dezember, tagte hier eine öffentliche Versammlung für Maurer und Baufußarbeiter, in der Kollege Fröhlich aus Köln referierte. Die Tagesordnung lautete: "Wie stellen wir uns zu einer Lohnsteigerung im nächsten Jahre?" Die Versammlung war von 50 Kollegen besucht; also noch nicht einmal der Hälfte unserer Mitglieder. Es ist hieraus zu erschließen, wie wenig Interesse selbst unsere Mitglieder für die Sache haben. Einleitend bemerkte der Referent, daß es wohl noch zu früh sei, jetzt schon eine Lohnsteigerung für nächstes Jahr zu beschließen. Indes hätten wir uns aber die Frage vorzulegen, ob unsere Lage verbessерungsbedürftig ist. Dies sei ganz gewiß der Fall, denn hier habe die Lohnsteigerung wohl am allerwenigsten Schritt gehalten mit der Steigerung der Lebensmittelpreise. Sodann besprach Kollege Fröhlich das voraussichtliche Verhalten der Unternehmer im nächsten Jahre. Die Unternehmer hätten den Organisationen in Köln einen von ihnen ausgearbeiteten Tarif zugesetzt, auf Grund dessen im nächsten Jahre verhandelt werden soll und gleichzeitig den bestehenden Tarif gefügt. Es würde dies zum 30. November überall da geschehen, wo Tarifverträge bestanden. Zu Unbehagen dieser Lage, die wohl zu schweren Kämpfen führen würde, sei es Pflicht eines jeden Kollegen, an der Stärkung der Organisation mitzuwirken. Erst wenn die Organisation am Orte gründlich ausgebaut sei, könne an eine Lohnforderung für nächstes Jahr gedacht werden. Zur Diskussion wies Kollege Janzen an der Hand von Aufstellungen darauf hin, daß die Lebenshaltung in Bonn teurer sei als z. B. in Köln, wo der Maurer pro Tag K. 1 mehr verdiente als in Bonn. Zum Schlus rückte der Vorsitzende Fischinger einige ferne Worte an die Versammlung.

Bremervörde. Am 1. Dezember tagte hier eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, in der Kollege Paul Meinenburg aus Hamburg über Zweck und Zonen der Gewerkschaftsbewegung referierte. Er fand reichen Beifall. Die Diskussion gestaltete sich zu einer Aussprache über die Vorzüge der Arbeitslosenunterstützung, die von einigen Ammerländern betont wurden. Vom Referenten wurde gesagt, daß es für Maurer noch für lange Jahre ausgeschlossen sei, diese Unterstützung einzuführen.

Dießen am Ammersee. Vor kurzer Zeit fand in Uetting am Ammersee eine Versammlung statt, die von 30 Kollegen besucht war. Die Uettinger Kollegen waren bisher noch nicht organisiert. In dieser Versammlung achtung, es, 15 Kollegen, zum Eintritt in den Verband zu gewinnen. Das ist besonders den Bemühungen des Zweigvereins vorzuhaben. Dienten zu danken, der unter schwierigen Opfern alles aufgeboten hat, um diese Kollegen zu überzeugen. Der Vertreter des Gauvorstandes, Kollege Lazarus aus München, war als Referent anwesend, er legte in seinen Ansprechungen den Uettinger Kollegen den Wert und Nutzen der Organisation ans Herz und sonnte, da das Feld von den Uettinger Kollegen schon tüchtig bearbeitet war, am Schlus sonntierten, daß sich sämtliche Uettinger Kollegen in unserem Verband aufnehmen ließen. Ein schöner Erfolg für den Zweigverein Dießen. Es wurde sofort eine Abstiftsgruppe gegründet und auch die Verwaltung gewählt. Mit einem Hoch auf die Organisation schloß der Vorsitzende die sehr saßen und mit gutem Erfolge verlaufene Versammlung.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 1. Dezember, tagte in Kirchdorf für den Bezirk Homburg und Umgebung eine Bezirks-Maurerversammlung. Es waren hierzu die Orte Kirchdorf, Ober-Erlenbach, Seulberg, Dillingen, Friedtrieddorf, Oberrieden und Höppern eingeladen. Von den eingeladenen Orten waren der Versammlung ferngeblieben: Seulberg, Oberrieden, Friedtrieddorf und Höppern; von 180 Mitgliedern waren 45 anwesend. Dieses ist ein schlechtes Zeichen; höchstens wird es in Zukunft besser. Zum ersten Punkt: "Die gegenwärtige Wirtschaftslage, mit besonderer Berücksichtigung des Baugewerbes und die Aufgaben der Organisation" sprach Kollege Zimmer-Langen. In einem fünfzehnminütigen Vortrage zeigte der Referent, wie die Lebensmittelpreise in sozialen Protagonisten gestiegen sind, während die Baufonjuntur infolge der hohen Gehpreise zurückgegangen ist. Der Referent hob hierbei besonders hervor, daß die Baufonjuntur nicht, wie viele Kollegen glauben, wegen des Vertragsablaufes zurückgegangen ist. Dann verlas der Referent noch das Schema des neuen Vertrages, das die Unternehmer ausgearbeitet hatten. Mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gießen. Sonntag, den 1. Dezember, hielt die Zahlreiche Gattshaufen ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die aber so schlecht besucht war, daß dies unbedingt in die Öffentlichkeit muß. Obgleich wir hier schon lange an einen schlechten Versammlungsbesuch gewöhnt sind, zeigte doch die lezte Versammlung, wie wenig Interesse die Kollegen an ihrer Organisation haben. Außer dem Vorsitzende war nur ein einziges Mitglied erschienen. Also hier herrschte eine Gleichgültigkeit, die aller Beschreibung trotzt. Auch haben wir hier noch einige Kollegen, die immer noch keine Extrabeiträge bezahlen wollen. Man sollte doch glauben, daß genug darüber geredet worden ist, so daß jeder Kollege über den Zweck der Extrabeiträge aufgeklärt sein muß. Hier scheint es aber, als wollten die Kollegen nichts davon wissen. Hoffentlich werden sie sich noch einmal befinden, wenn sie ihren Rechte nicht verlustig gehen wollen. Noch schlechter als in gewerkschaftlicher Beziehung steht es mit der politischen Bewegung. Es ist geradezu beschämend. Jeder lädt die Dinge geben, wie sie wollen. Wenn man einmal mit einem Kollegen über die Bewegung spricht, dann hört man immer die Ausende: "Ah, es hilft uns ja doch nichts". Hier muß ein anderer Geist hineingebracht werden, sonst werden wir die Folgen sehen. Kollege Hainbuch erstattete den Kassenbericht vom dritten Quartal, wogegen Einwendungen nicht erhoben wurden. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

Iphoe. In der am 8. Dezember abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung referierte zunächst Kol-

lege Koher über die internationale Maurerkonferenz. Dann wurde über den Lohntarif beraten. Der jetzt bestehende Tarif läuft mit dem 31. März 1908 ab. Da er aber, wenn einer der Kontrahenten Änderungen wünscht, unter Einreichung dieser Änderungsvorschläge bis zum 1. Januar gefügt werden muß, so wurde einstimmig beschlossen, eine kleine Lohnforderung zu stellen, gleichzeitig sonstige kleine Verbesserungen zu fordern, um den steigenden Lebensmittelpreisen breiter etwas Rechnung zu tragen.

Laucha. Am 1. Dezember tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Bille über das Thema: "Wie gestalten sich unsere Löhne und wie sind wir in der Lage, sie zu verbessern?" Redner verdeutlichte sich eingehend über die seit den sechziger Jahren in unserem Vertrag geführten Kämpfe und wies an der Hand von Beispielen nach, daß gerade unter Verband die größten und hartnächesten Kämpfe zu führen hatte. Große und schwere Opfer mußten gebracht werden, um dem Unternehmertum in jeder Hinsicht gerüstet gegenüber zu stehen. So schwer und hartnächtig auch die Kämpfe zu führen waren, so sind sie doch, dank der Einigkeit unserer Kollegen, meistens zu unseren Gunsten erledigt worden. Dann ging Kollege Bille besonders auf unsere örtlichen Verhältnisse ein und hob hervor, daß hier Lohnabfälle von 24½ bis 33 % geahnt werden. Hier Abhilfe zu schaffen, wäre Pflicht aller Kollegen. Beider aber, müsse man wieder sehen, daß, obwohl die Versammlung durch Handzettel bekannt gegeben wurde, nur knapp die Hälfte der Kollegen erschienen sei. Sogar einige Verbandskollegen fehlten in jeder Versammlung, und gerade diese möchte er an ihre Pflicht erinnern. Es genüge nicht allein, den Beitrag zu zahlen, sondern es wäre die heiligste Pflicht aller Kollegen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Nur durch eine gut disziplinierte Organisation wäre auch hier einmal gründlich mit dieser Miswirtschaft aufgeräumt werden. Nachdem Kollege Bille sein Referat beendet, verlas er einen von der Lohnkommission ausgearbeiteten Tarif, den der Vorsitzende zur Diskussion stellte. Alle Redner erklärten sich mit diesem Tarif einverstanden. Die Versammlung beschloß sodann, mit dem Gauvorstand bezüglich dieser Frage sofort in Verbindung zu treten, um das Weitere zu untersuchen. Auch soll der Gauvorstand erachtet werden, in einer unserer nächsten Versammlungen einen Vertreter zu entsenden. Unter "Beschiedenes" wurden einige örtliche Angelegenheiten besprochen.

Posen. Eine am 14. November im Saale des "Schweizerthal" abgehaltene öffentliche Maurerversammlung beschäftigte sich mit dem am 31. März 1908 ablaufenden Tarifvertrag. Einberufen war die Versammlung durch den Centralverband, den örtlichen Verband und den Hirsch-Dünderischen Gewerberverein. Einleitend bemerkte Kollege Schulz als Obmann der Arbeiter in der Vertragskommission, daß die Versammlung von der Kommission nur zur Information einberufen sei, um die Wünsche der Kollegen kennen zu lernen. Nach deren Prüfung und nach Prüfung der Schlußfolgerung der Kommission dann einer späteren Versammlung geeignete Vorschläge machen. In der folgenden Diskussion wurde als gemeinsame Bedeutung, daß sich die Lebenshaltung in Polen im Laufe des letzten Jahres erheblich verteuert habe. Die geltend gemachten Wünsche gingen dahin, daß der bestehende Lohn von 52 % auf 60 % zu erhöhen sei, da die Arbeitszeit müsse dagegen auf 9 Stunden reduziert werden. Mehrere Redner verlangten die Abschaffung der Abfördarbeit. Ein Sturm eregte die Absicht der Unternehmer, in Zukunft nur die wirklich geleistete Arbeitszeit zu zahlen, d. h. die Entschädigung der halben Stunde des Sonnabends soll in Fortfall kommen. Von der Kommission wurde gerügt, daß einige Kollegen ihre Forderungen damit begründen, man müsse viel fordern, da die Unternehmer bisher wie Juden handelten. Im weiteren erklärte die Kommission, daß sich die Unternehmer wohl schwerlich bereit erklären würden, die Forderungen zu befriedigen; man solle die Lage des Baumarktes nicht unterschätzen. Die Hoffnungen einiger Kollegen, daß die Unternehmer, in einer menschlichen Neigung von selbst zugeben würden, wurden von der Kommission dann einer späteren Versammlung geeignete Vorschläge machen. In der folgenden Diskussion wurde als gemeinsame Bedeutung, daß sich die Lebenshaltung in Polen im Laufe des letzten Jahres erheblich verteuert habe. Die geltend gemachten Wünsche gingen dahin, daß der bestehende Lohn von 52 % auf 60 % zu erhöhen sei, da die Arbeitszeit müsse dagegen auf 9 Stunden reduziert werden. Mehrere Redner verlangten die Abschaffung der Abfördarbeit. Ein Sturm eregte die Absicht der Unternehmer, in Zukunft nur die wirklich geleistete Arbeitszeit zu zahlen, d. h. die Entschädigung der halben Stunde des Sonnabends soll in Fortfall kommen. Von der Kommission wurde gerügt, daß einige Kollegen ihre Forderungen damit begründen, man müsse viel fordern, da die Unternehmer bisher wie Juden handelten. Im weiteren erklärte die Kommission, daß die Lebenshaltung der Arbeiter durch die Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel sehr gefährdet geworden ist. Die Lebensmittelpreise sind, um 20 bis 40 % gestiegen, und zwar sind es die Preise für Fleisch und Gemüse, die weitestgehend die Veränderung durch den Gehpreis zurückgegangen ist. Der Vorsitzende schloß die Versammlung ab. Die Kommission ist unter Hinzuziehung einiger älterer Kollegen und Vertreter der Vorsitze der einzelnen Verbände zu dem Schluß gekommen, den Kollegen die Richtlinie der Tarifvertrags zu empfehlen. Die Kommission ist sich bewußt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter durch die Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel sehr gefährdet geworden ist. Die Lebensmittelpreise sind, um 20 bis 40 % gestiegen, und zwar sind es die Preise für Fleisch und Gemüse, die weitestgehend die Veränderung durch den Gehpreis zurückgegangen ist. Die Preise für Fleisch, Butter, Eier, Hülsenfrüchte, Zitrone für alle für den gewöhnlichen Haushalt erforderlichen Wirtschaftsbedürfnisse. Die Preise seien derart hoch, daß der jegliche Verdienst an einer halbwegs ausreichenden Wirtschaftsführung vollständig ungenügend sei. Dazu komme die Wohnungsmiete. Die Preise für Feuerungsmaterial seien höher als in den größten Städten des Reiches. Trotzdem kam die Kommission zu dem Schluß, die Nichtfindung des Tarifvertrags anzumahnen. Wir haben leider nicht mit Unternehmern zu rechnen, die den Tarifabschluß nicht beachten; sondern sie warten nur auf einen Vorstoß unsererseits, um uns zu ihrem Vorteil an die Wand zu drängen. Unsere Position in der Zeit der Krise ist die Abwehrstellung, die wir einzunehmen haben. Die darauf folgende Diskussion, an der sich Redner aller Organisationen beteiligten, war sehr stürmisch. Die Erregung war beträchtlich, jedoch sollte die Leidenschaft, die Vernunft nicht übersteigen; das mögen die Posener Kollegen zu ihrem Vorteil beachten. Die Abstimmung ergab eine Zweidrittelmechtheit für die Richtlinie des Tarifvertrags. Die Posener Kollegenschaft hat dadurch ein hohes Maß von Einsicht gefunden. Desseinengeachtet haben uns die Unternehmer folgendes Schreiben per Einschreibe brief zugesetzt:

allen Fällen vorschriftsmäßig, denn es wurde festgestellt, daß Gläserleute und Klempner auf Gerüsten arbeiteten, wo weder Stahlwege noch Ganggerüste angebracht waren. Einzigeren waren an vielen Punkten die Balkentüren nicht abgesperrt und die Kapfen der Balkenfüßen nicht genügend abgedeckt. Ferner fehlten an verschließbaren Pultbauten die Fenster. In verschiedenen Fällen hatten die Maler kein Handtuch und Seife und die Dampfbader keine Wärmetafeln oder arbeiteten auf Dächern, an denen die Schlaggerüste fehlten. ... Die Tätigkeit der Haftaufberufsgenossenschaft und der im Vergleich kommenden Behörde muß auch kraft kritisieren werden. Wenn nur auf wenigen Baulen konzesse festgelegt werden, daß von dieser Seite aus eine Kontrolle ausgeschlossen werden darf, ist ein Beweis dafür, daß notwendig die eigene Kontrolle der Arbeiter ist. Freilich vertragen sich die Unternehmer Emil Martin, Möhring, Erägen und die Bauteile Karl Höglheim mit dem Unternehmer Karl Höhne, Buchholzstraße, und Metzsch beim Unternehmer Dreher den Jutztz; jedoch der Unternehmer führt in vorher beschäftigt sein will, wenn kontrolliert wird. Jedermann glaubt diese Seiten, daß bei ihnen eine Kontrolle überflüssig sei. Über nicht selten ist gerade das Gegenteil der Fall. Zum Schluß möchten wir die Behörden und ihre Organe bitten, diese Kontrollen vorzunehmen, damit nicht der Verzacht auskommen kann, als ob sie nur die kastanischen Arbeitseinsätze schütze, während die hier zu erzielenden einkommensreichen Arbeiter auf sich selbst angewiesen sind.

* **Wege Bauarbeiterkämpfen** forderten die baugewerkschaftlichen Arbeiter Hamburg am 5. Februar in einer von mehreren Kaufhaus-Pavillons befehlten Versammlung besondere Erlaubnis dazu vor eine von der hamburgischen Regierung vorehrte Baupolizeiverordnung, die den Verflechtern vor dem Tag der Baugewerks-Berufsgenossenschaft (Sektion Hamburg) eifrig betrieben wird. In einer Erklärung angenommenen Resolution fordert die Bauarbeiterkämpfen Hamburgs, der Sektion möge die ihm wiederholte Bekannt gewordene Forderung der Arbeitgeberkampagnen und die Verstärkungsanträge der Unternehmerverbände außer Acht lassen.

1. Bauarbeiterkrankheit in Dresden. Am 16. und 19. November hat die Dresdener Bauaufsichtscommission eine Sonderuntersuchung vorgenommen. Von den 118 kontrollierten Bauten erwiesen sich 81 im Rohbau, wobei 2180 Arbeiter beschäftigt waren, und 35 im Ausbau, wobei die Zahl der Beschäftigten nachstehend ist: Am 8. November standen 18 an einer Mietwohnung, 12 an das Münzmeisterhaus gewandt einzuhäufeln, doch wies auch da mehr die rosige Sozialität auf den Bauarbeiter hinwies. Von die dazwischen liegenden und gekürmten Witterungen geprägt, auf 8 der kontrollierten Bauten wurden jedoch Schnürröhrchen beobachtet. Sozialärzte lebten auf 9 Bauten ganz, auf einer großen Anzahl teilweise. Die Bäuerinnen sind im allgemeinen immer zu häufig ausgebaut, so daß diese im wichtigen Bodenraum sehr eingeschränkt wären, vor 8 Bauten waren diese vollständig unzureichend, auf mehreren mangelhaft. Unter Gründen sind nur selten betroffen. Sozialärzte sind nur wenige angebracht; am 8. von 49 in Betracht kommenden Bauten redeten sie ganz oder teilweise. Am 19. Bauten waren die Gesetze grundsätzlich widersprüchlich, in diesen Fällen ist selbstverständliche Anstrengung erlaubt. Unarbeitsfähigkeitsbezüglichkeiten hingen auf 8 Rohbauten nicht aus, auf einigen fühlten die Fälle A. und C. Anstrengung für Hälftezeitung bei Anfallsattacken waren nur in 11 Fällen angebracht. Das Verbandszeug ist meist mangelhaft, auf 14 Bauten steht es ganz. Die Abrechnung im Innern kommt auf den meist größeren Bauten kaum in Frage, da in diesem Bereiches oder Bautypen bestehend vorhanden sind. Von den abgesetzten Bauten waren 10 am geschwundenen Beleben, 11 am Schwören abgedeckt. Nur auf 8 Bauten war die untere Klasse belegt. Schläuche und Abfälle sind mangelhaft, oft gar nicht bestellt. Spülabläufen waren auf allen der 35 Ausbauten vorhanden, nur waren diese bei hoher Beschäftigungsspitze zeitweise unzureichend. 2 Bauten befanden sich im Keller; Dachzugsböden fehlte in 4, Fenster in 5, verschließbare Räume in 12 Fällen. Dache und Dächer waren vorhanden. Gezeigt werden die Bilder in der Regel höchstens zweimal. In 13 Fällen wurden auch Gerüte und Material durch untergebracht. Verschluß unzureichend waren; die Seitenwände bei 19. Spülabläufen bestanden, wo sie, jedenfalls in der späteren Jahreszeit hergestellt, nur auch im Winter genügen sollten. So wenig Müßiggang wird auf die Gesundheit der Arbeiter genommen, daß unter ihnen jammert, in solchen Übern zu kampieren. Auch auf den vorigen Bauten waren die Buben vielfach nicht einzuwandern. Wohlgelöste Kinder statt ausgenug, abwärts dienen die Wasserleitung als solche. Aborte sind zwar vorhanden, doch den sanitären Anforderungen entsprechend sie nicht; gezeigt werden sie meistens desinfiziert ebenfalls. In 3 Fällen werden letzte Einrichtungen benötigt, außerhalb des Stadtgebietes war erst nur ein Bod ausgeschlachtet, das im Sommer eines Gebäudes gleich. In 2 Fällen befindet sich der Abort direkt an der Baustelle, in 21 Fällen ist dieser weniger als 10 m davon entfernt. Billows in den Etagen sind nur in 12 Bauten vorhanden. Auch auf den Ausbauten steht nur 8 statt besser aus, 19 davon waren nicht geblickt, auf ihnen fanden die Tropfen wegen der Fensterlage im Stiel. Auf 9 Bauten war kein herzbaren Antiektionsraum vorhanden. Die Wände entprachen in 16 Fällen den Anforderungen nicht. Schneisen waren in 28 Fällen nicht ausgestellt; Verbauburg fehlte auf 13. Unarbeitsfähigkeitsvorstellen auf 9 Bauten. Treppen und Gangen sind nicht gleichmäßig mit Geländern versehen; die Geländer selbst sind recht schlecht angelegt. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß nicht die Arbeiter mehr gegen Leben müssen, daß die bestehenden Vorstellen allenfalls abweichen möchten. Der Auf- und Abstieg von steilenen Treppenstufen aus den Kreisen der Arbeiter nicht immer wieder erlaubt werden, damit auch aus diesem Grunde die Belastung erhöht wird.

* **Bauträgerkontrolle in Leipzig.** Die Bauaufsichtsbehörde konstituierte in Leipzig bei dem 1. bis 20. November eine Bauträgerkontrolle vorzunehmend, um festzustellen, ob die von den Unternehmern gegen die gegebenen Auflagen verstoßende Baustelle bei den weiteren Baumaßnahmen vor der geplanten Fristen von 20 Tagen in einem Baugebiet kontrolliert werden kann. Es wurde mit einer Besitztugend beauftragt, den Baustoff in den abgenannten Zeit zu kontrollieren. Aus dem Ergebnis der Kontrolle ist folgsl: Kontrolliert wurden 20 Bauten, davon einschließlich 18. Daraus liegen im Stichgebiet 18, in dem Aufschwungswirtschaft 20. Begutachtet waren darunter 10

Liebhäuser 14, Abbrücke 4. Der Zutritt wurde nicht erneuert auf 12. Angezeigt wurden 47 Bauten. Die Unfallverhütungsvorschriften fehlten auf 41 Bauten, Teil A hing aus auf 16, nur die Teile B und C auf 13. Sodobretter fehlten ganzheitlich auf 42, teilweise auf 7. Barriieren fehlten ganzheitlich auf 19, teilweise auf 18 Bauten. Unter dem Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, fehlte ein belegtes Gerüst auf 9. Schutzgerüste für Dach- und Klemmparbeiten fehlten auf 6. Die Dachablage, auf der gearbeitet wurde, war nicht vollständig abgedeckt auf 6, die darüber liegende Ebene nicht vollständig abgedeckt auf 5. Die Eingänge nicht abgesichert auf 12, die Betätigungen rückwärts in Richtung auf 40 Bauten. Schubräder fehlten auf 1 Bau. Die Baumhöfe fehlten auf 1 Bau; sie war im Keller auf 28, auf Holz auf 29 Bauten. Von 4 Baumhöfen fehlten Fenster, 21 Buben hatten keine Fenster, die nicht zu öffnen waren. Zur 19 Baubuden fehlte der Fußboden. Steinfußböden waren in 81, Holzfußböden in 71 Baubuden. Nicht genug waren 17; Lüdje fehlten in 71; Bänke fehlten in 21; ein Löschfass in 53; Stelle, welche jemals nur mehr aufbewahrt in 16 Baubuden. Eine kein eine vollständige Brille, Stoßbretter im Abort fehlten auf 84 Bauten. Von außen in den Abort hineinsehen konnte man auf 6 Bauten. Der Abort hatte kein wasserleitendes Dach auf 7; bei Fußböden darunter fehlte auf 8; wasserleitende Dämmen auf 47 Bauten. Reinigungsgerüste fehlten auf 25 Bauten. Ein Reinigungsfach auf 29; es war mangelshaft auf 4 Bauten. Anweisung zur ersten Hüttenstellung bei Unglücksfällen bzw. Angriffe der Wehrmacht des nächsten Reges war nur auf 1 Bau vorhanden. Mangelshaft Absperrungen wurden auf 76 Bauten gefunden. Malergerüste waren nicht vollständig angelegt auf 2. Die Arbeiter waren vor Abschuss aus offenen Fenstern nicht geschützt auf 9. Im Freizeitbereich, Arbeitserker waren leere Gehäuse auf 24 Bauten wobei die Balkenlagen nicht abgedeckt, so dass die Leiterin die Maler umstiegeln konnten. Ein verdeckbarer Raum für Maler- und Entstaurer war auf 16 Bauten nicht vorhanden. Mit 12 Bauten von dieser Raum nicht ausgestattet haben im Aufstelleraum lagen auf 15 Bauten. Bei schweren Schaltern arbeiteten Männer auf 46, Frauen auf 8. Notrettung auf 6, Tropfen auf 4, Spritzenkoffer auf 4 Bauten, 155 Meter auf 1 Bau.

* **Bauaufsichtskontrolle in Bochum.** Am 5. und 6. November wurde in Bochum und der näheren Umgebung von den Bauaufsichtsbeamten des Kreises Bochum die Ausführung von 20 Baustellen vorgenommen. Die Kontrollen erzielte bis auf 40 Bauarbeiter, die im Ausbau lagen, 31 im Großbaubetrieb, 7 in Leiterich, 1 im Altenbaubau und 1 in Kleiner Erhaltung. Insgesamt fand keine Kommunikationen 4 geschieht werden. Bei 12 Fällen wurden auf diesen 40 Arbeitsstätten 400 Arbeiter, 17 Bauarbeiter waren im Museum bzw. museifreier. Die Zahl der festgestellten Verstöße war so gering, der Arbeitnehmer befreit gegen seitliche Widerstände, das keine Klage im Baugebiet schon zweiten Einzug gehalten hat. Bautre- wo öffenes Holzsteuer zur Auseinandersetzung kommt, sind nicht zu gestatten worden. Mäst und sonstige Treppengeländer und Säulenbreiter im Inneren des Hauses fehlten in allen Fällen. Es wurde gefordert unter den Leiterich, die zum Materialtransport dienen, um das Durchfallen von Material zu verhindern, und nicht ausgenutzt werden. Davor steht in der Verordnung nichts, ergo braucht es auch die „weitschauende“ Behörde nicht anzurufen. Vor die Errichtung von Bauwerken kommt die Polizeiverordnung für den Stadtkreis Bochum vom 30. Mai 1900 in Betracht. Auf einer Arbeitssicht schuf diese. In 9 Bauwerken waren die Schornsteine wund und brüderlich. In 2 Fällen war die Bedachung nicht dicht. In 17 Fällen waren sie ohne Fenster. In 12 Fällen waren die leichtere nicht zum Dichten eingerichtet. Eine verdeckte Einführung wurde bei allen Häusern angetroffen. In 25 Bauwerken hatten einen Fußboden, davon 18 einen isoliert, von Holz. Bauwerken, in denen ein Schrank für Kleider vorhanden war, gibt es nicht. 84 Bauwerke waren mit Türen und Bänken versehen. In 14 Fällen wurde Material oder sonstiges Baumaterial gelagert. In 29 Fällen war ein Ofen vorhanden, in 10 Fällen fehlte derselbe. Man sollte es eigentlich für selbstverständlich erachten, dass bei der jetzigen Temperatur der Bauarbeiter in den Bauten geheizte Räume zur Beheizung stehen müssten. Doch weit geschieht! Man läßt einen Ofen in die Bude stellen, der Polizei gestattet es aber oft nicht, das derselbe frisch genug angemacht wird, oder man verweigert das Material zum Heizen. Der Bauschriften ist Genüge getan; sie berlangen, dass die Räume einen besondres Verlangen der Polizeibehörde vom 1. November bis 1. März „heizbar“ sein müssen. Man weiß jedoch, dass die Herausgabe dieser Verordnung im Jahre 1900 den Unternehmern nicht wehe tun. In 8 Fällen waren die Räume zu klein, in 2 Fällen waren sie im Keller untergebracht. Die Kleinstadt ließ in den allermeisten Fällen viel zu klein abtragen. An seiner Wohntür waren mit Wasser gefüllte Eimern vorhanden. Gleicher Art war in häufiger Bezeichnung wichtiger Sachen, wie ledern von den Arbeitern und rest. von den Unternehmern wenig Verhältniss entgegengesetzt. 15 Fällen war kein Verbunddämmen vorhanden. Eine „Anweisung zur ersten Hilfseinführung“ war nur in einem Fall ausgedehnt. Das traumatische Kapitel im kleinen Stadtteil, in punkto Bauaufsichtsrecht bildet die Abfragefrage. In seinem Falle sollte die Behörde darauf, das die Errichtung die doch der Magistrat verlassen hat, durchgesetzt wird, einzig der kontrollierten Aborte, mit Ausnahme von 4 an Schulhäusern, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften. 11 Fällen konnte man den Außen hinzuschicken. In 12 Fällen waren die Aborte ohne Dach, jedenfalls damit die Arbeitnehmer bei schlechtem Wetter sich nicht zu lange darunter aufzuhalten vermögen. In 11 Fällen fehlt die Zubehör, nur in 9 Fällen war ein Sack von Holz vorhanden. 27 kleinen Mühlenbachschen waren mit Lattenwagen versehen, mit 16 kleinen Säcken. Weidlich aus die häusliche Konstruktion und Befestigung gibt es natürlich hier nicht. Wollen wir die Gründen oder Räumen, wie es in der Verordnung bestimmt ist nicht. Freut man, als oft wird der Platz ausgenutzt.

Beugewerks-Berufsgenossenschaft ist wenig, aber gar nicht bemerkt worden. Die Polizeibehörde hat anscheinend wichtige Dinge zu erfüllen, als sich dem Bauarbeiterkongress zu wünschen.

* **Bauaufsichtliches** aus Frankfurt a. M. Die hau gewerblichen Arbeitersorganisationen in Frankfurt a. M. haben seit einiger Zeit einen belobten Bauaufsichtsbüro angehängt. Sie haben damit etwas getan, wogegen sich die Stadt von ihrer "demokratischen" Vermautung nicht auswringen konnte. Ende Oktober hat die Bauarbeiterkongressunion eine Auflösung vorgenommen, aus deren Ergebnis hervorgeht, daß die darüber Arbeiterschaft auf den Bauteil einen sozialistischen Erfolg erzielt. Die ersten 1100 in Wiesbaden haben gegen das vorjährige Jahr eine starke Verminderung erzielen. Bei einer allgemeinen Kontrolle der Bauteile fand man im vorjährigen Jahr 287 Mängelnde technischer Art, im Jahre 1907 dagegen nur 105. Dagegen sind die jahrräufigen in Wiesbaden in den letzten Jahren gestiegen, nämlich von 336 auf 361. Das wird darauf zurückzuführen, daß die politischen Befürworter oder ältere Kreise gezeigt sind und die Folgetat nur Eingriffserklärungen auf Grund des § 186 des Gewerbeordnung erledigen kann.

Bei der Kontrolle wurde aber noch etwas anderes festgestellt,

hundert ein kurzes Aufblühen der Konjunktur. Vorherige Schäre wurden — ob um dieselbe Jahreszeit, geliebster nicht aus der Wirkungslänge her vor — insgesamt bis Handelsfeste erreicht, in diesem Jahre über nur 40. Unter den letzten waren 21 stetische und 2 statliche Handelsfeste. Als ein vielleicht besonderes Zeichen der Zeit ist zu angeben, daß von den Kreisstädten 6 existieren.

* **Schulwissenswesen.** Die logistischen und praktischen
Feststellungen der Berliner Staatsordnungsverfassung hat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zwecks Reform der Vergebung und Leistungsfähigkeit der Arbeitsergebnisse der Magistratur zu
bestimmen, neue Vorarbeiten zu erledigen. Nach dem
Berliner Tagesschall hat ein Statistiker, der durch seine Erfahrungen mit diesem Gebiete als meistgewürdig angesehen
werden mag, die folgerichtigen ausgestellt:

„Mit der Ausbildung der Submitionen hat sich bei Berliner Bürgern bisher nur beobachtet, sowohl es das Steinzeugerwerbe ergeht. Bei engeren Submitionen es zugeschlossen, wodurch alle Bewerber die gleichen Preise erfordert haben, und nur ein engagier, dem der Auftrag vom Berbund der Steinzeugmeister verordnet werden möchte, einen geringeren Preis vorausgesetzt habe. An jülicher Stelle, ohne dass die Befürchtungen die Submition auf und fört die Arbeiten hinzuführt aus. Bei dieser Gelegenheit haben sich ganzheit Unternehmern aus den Vorschriften bewerben, die kein Rechte nicht eingehören. An jülicher Stelle, wo die Preise nicht ausgewiesen sind, wurden auch die Forderungen des Königs geachtigt. Über der Rumpf gegen die Ausbildung der Submitionen wird nunmehr weitergeführt. Die fröndliche Unterhaltung wird hinzuführt, dass gesammelten werden, die Arbeiten in eigener Regie auszuführen, wie aus Kürschn auf das Gemeine hat sie bisher diesen Schwierigkeit nicht gekannt. Die Folge wäre, dass ein großer Teil der Steinzeugerwerbe zu grunde gehen würde, wenn die Stadt mit eignem Personal die Arbeiten ausführen ließe.“

* Unternehmensgenossenschaft. In Württemberg hat sich, wie vor dem „A. M. T.“ entheben, eine Vereinigung von Unternehmern der verschiedenen Bauherberge gebildet. Über den Stand des Vereinsberichts wurde berichtet.

der Zweid der Vereinigung wird berichtet: „Der Zweid der neuen Gesellschaft ist die gemeinsame Ausübung von Vorarbeiten, trübevendere die Erhöhung des Gedanken über Art für eigene und fremde Wohnung. Durch diese Organisation soll in einer Linie dem Baupräsidium, dessen befürchtung nach immer späte Blüthe und die Bauplandwirtschaft allgemein zu Schätzungen hinführt, bestimmt werden. Die Gesellschaft steht mit privaten Bauplatzbesitzern, mit Vermietern geschäftlichen und Wohnobjekten, die ihre Plätze der Bebauung geöffnet haben wollen, derselbe in Verbindung treten und so die Bauplaner und Bauunternehmer geschäftlichen Kontakt aufnehmen. — Kommt ein Bauher, an dessen Plan die „Vereinigung Bauplandwirtschaft“ beteiligt sind, in Wohnungsbauinteressen, dann wird die Gesellschaft alles durchdringen, um ihm im Hand mit dem Bauherren die Drifte zu Wien. Ist die Braungs-Versteigerung aber trotzdem nicht hinzuverhalten, dann wird die Gesellschaft, wenn erforderlich, das Gebäude selbst versteigern. Damit es dann das beliebte „Abseitsstück“ der Bauvorort weiter, wie es von Bauplanern und Bau-Unternehmern oft geschäftlichlich betrachtet werden will, und durch das die Bauhandwerke schon um Mietkosten gesetzelt worden sind, ein für allemal, unmöglich gemacht. Die Gesellschaft, welche nur als Betrieb, geschickte Handwerkerbetriebe angestrebt, erfüllt die

„Es nach natürliche abgewandert werden, ob die Organisationen bestehen können, was sie beschreibt.“

Aus Unternehmertypen

* Was sagt die Stadt Überwesel dazu? Vor
Gebenzeit wird und kommt nun höchst befreundliche
Braffit für fortigen Gewinnerneben. Die im Ar-
beitgeberbund ihr das Fanglebene ver-
einigten Unternehmer haben befehllosen
gegenüber Walbera die in der Ausbildung
städterischer Werke erhaben ein Prozen-
tu die Centralstaat des Wunder abzu-
führen.

Dieser Schluß bedeutet in jenen Theoriegruppen eine Erhöhung der sozialen Interessen und eine Annahme staatlicher Mittel zur Verbesserung der Freiheit und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Man braucht sich nun die Frage vorzulegen, warum die Unterwerfung der sozialen Kräfte auf die Staatlichkeit bestimmt.

Bosn D. I. den 30. November 1907.

Gr. Scherlitz. 1.

Un den Centralverband der Maurer Deutschlands,
S. S. des Herrn Vorsitzenden W. Schulz, Bosn.

Hiermit bündigen wir den bisherigen Tarifvertrag

um 1. März 1908.

Gleichzeitig überreichen wir Ihnen den Entwurf zu
einem neuen Vertrage und fragen an, ob Sie bereit
sind, denselben in Gemeinschaft mit uns durchzubereiten,

Achtung soll

Der Arbeitgeberverband für das Maurer- und
Bauerngewerbe zu Bosn.

(Unterschriften.)

Der Vertragsentwurf ist das Produkt des "Normal-

tarifs" — Pflichten habe. Ihr Rechte gibt es nicht!

Soltau. Am 30. November hielt der hiesige Zweigverein eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Zuerst mußte der Schriftführer neu gewählt werden; die Wahl fiel auf den Kollegen Ebel. Dann wurde über den Anschluß an das Gewerbeabkommen verhandelt. Nach langer Diskussion stimmten sämtliche Kollegen für den Anschluß. In den nachstehenden wurde volle Loyalität gewahrt. Unter "Beschiedenes" wurde vom Kollegen Meyer über die unregelmäßige Einzahlung der Beiträge gestellt. Nachdem auch dieser Punkt erledigt war, gab der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung am 14. Dezember stattfindet, wozu auch der Vorsitzende Hiddessen anwesend ist.

Stargard. Von einem Vorstandsmitgliede in Brixen geht uns folgender Bericht über Vorortversammlungen in Stargard zu: Bei der augenscheinlich guten Konjunktur in Stargard sind dort mehrere Kollegen von außerhalb beschäftigt. Fünf Brixener Maurer gingen auf eine Aufsicht des Unternehmers Lüdt ebenfalls dorthin und arbeiteten auf einem Bau des Lüdt mit einigen Steintätern Maurern und Steinträgern zusammen. Diese Steinträger führten sich den Brixener Kollegen gegenüber wenig fairmässig auf. Nach ihrer Bugehörigkeit zur Organisation gefragt, bejahten sie das und mußten sich die Abmahnung gefallen lassen, daß dann aber auch so anständig zu betragen wie es organisierte Arbeiter zutun. Das hat wohl der Unternehmer erfahren; denn als die Kollegen am anderen Morgen nach dem Frühstück aus der Bude kamen, sah er ihnen zu: "Die Maurer fangen nicht mehr an, es ist jetzt Minuten nach neun Uhr!" Nur der eine Stettiner Kollege sollte die Kafftojen leer arbeiten. Das tat er aber nicht. Die Brixener Kollegen verlangten nun, daß der Tag voll beauftragt würde. Lüdt verneigte das und nun ließen alle Kollegen die Arbeit ruhen und verschafften sich alle andere Arbeit. Die Solidarität hielt aber nicht lange vor; um anderen Morgen fingen die Stettiner Kollegen alle wieder bei Lüdt an. Die Brixener Kollegen waren damit glücklich abgeschossen. Das ist entschieden nicht schön. Und ebenso wenig kann man es billigen, daß man den Fachvereinlern so wenig Entgegenkommen zeigt, wo deren Anschluß an den Verband vor bei der Zeit stehen soll. Das gehört auch zur Bildung, über die in den Versammlungen oft geredet wird. Das ganze Betragen so mancher Kollegen steht damit in schroffstem Widerspruch, besonders auch die von den Stettiner Kollegen eingeführte Wirtschaft, die in diesem Falle aber wohl noch unter dem Einfluß der bei den Stettiner Mordmauern erworbene schlechten Eigenschaften steht.

G. E.

Weimar. Der Zweigverein hält am 28. November seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. zunächst hatte sie sich mit der Agitation und dem Lokalbeitrag im Winter zu befassen. Zu der jetzt vorgeschmiedenen Agitation erklärte sich eine Anzahl Kollegen bereit. Es handelt sich darum, die Kollegen in Stadt und Land aufzufuchen und dem Verband zugänglich zu machen. Die Agitation soll durch ein Flugblatt unterlüftet werden. Bezuglich des Extrabeitrages wurde beschlossen, wie im vorigen Jahre einem Beitrag von 5 s pro Woche für die Monate Dezember, Januar und Februar zu erheben. Der Beschuß wurde mit allen gegen eine Stimme gefohlt. Es wurde dann noch Klage geführt über die Mißstände auf den Bauten. Der Kollege Börger als Obmann der Bauarbeiterabstimmung erklärte sich bereit, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Wie es auf den Bauten aussieht, das zeigt je drastisch ein Beispiel aus dem Betriebe des Hofmauermeisters Ille. Auf einem Bau waren 80 Maurer und Arbeiter beschäftigt. Die Baubude hatte jedoch nicht für alle Raum genug, und so mußte die Hälfte der Leute ihre Mahlzeiten im Freien einnehmen, bei der jähigen Witterung wahrlich kein Vergnügen. Die Seitenwände waren nicht dicht, auch waren keine Bänke und Tische vorhanden. Das Baumaterialien in der Bude lagern, braucht nicht noch erwähnt zu werden, denn das ist hier immer der Fall. Die Baupolizei hat bisher keine Veranlassung genommen, etwas dagegen zu tun. Die Behandlung der Kollegen durch Herrn Ille und seine Angestellten spottet ebenfalls aller Bezeichnung. Es fehlt bloß noch, daß jeder eine Knute in die Hand nimmt, dann sind die russischen Fußläufe fertig. Als eines Tages die dort beschäftigten organisierten Kollegen dem Posten gesellen, der im vorigen Jahre Streitbrecher war, Vorstellung machen betreffs Herbeischiebung einer besseren Bude, erklärte dieser, er habe nichts zu sagen. Doch wollten die Kollegen auch mit diesem Menschen nicht mehr zusammen arbeiten, weil er die organisierten Kollegen anführte. Als der Herr Hofmauermeister nun kam und sah, daß die Mehrzahl der Maurer nicht an der Arbeit war, zeigte sich der ganze Bildungsgrad dieses Herrn, indem er sagte: wer nicht arbeiten will, der solle aufs Gehädrich gehen und Steine in den Kratz lesen. Von einer Sperrre über Ille haben wir ab, da wir uns jetzt keinen durchgreifenden Erfolg mehr versprechen. Auch war immer noch eine ganze Anzahl indifferenter Kollegen dort beschäftigt. Es zeigt dies die Notwendigkeit, die Organisation auszubauen und derartige Mißstände in Zukunft durch eigene Kraft beseitigen zu können. Leider tun die Kollegen nur in den seltensten Fällen ihre Pflicht, auch im Versammlungsbefund zeigt sich diese Lässigkeit. Hoffentlich besuchen die Kollegen die am 17. Dezember stattfindende Versammlung besser. Ihr Vorsitzender Kollege Kleindienst, der am Bildungsfürsorge teilgenommen hat, einen Vortrag über den historischen Materialismus halten.

Bentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit)

Rechnungs-Abschluß für das 3. Quartal 1907

(Juli, August, September.)

Ginnahmen.

Barer Bestand am 1. Juli 1907.....	M. 57081,85
Einen von begleiteten Kapitalien.....	8876,20
Eintrittsgelder.....	1288,-
Beiträge in der 1. Klasse.....	M. 108859,40
" " 2. "	117753,50
" " 3. "	6226,65
" " 4. "	1464,75
Erfolgssteuer.....	9526,20
	243823,50

Erlöse aus Leistungen von Berufsgenossenschaften und

Unternehmern.....

Verbindlichkeiten aus: für Rettungsschäden, Straf-

gelder usw.....

Summe der Ginnahmen..... M. 836594,45

Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung..... M. 81568,18

Für Arznei und sonstige Heilmittel.....

Krankengeld:

a) an Mitglieder der 1. Klasse..... M. 44518,-

" " 2. " 47730,- |

" " 3. " 4059,80 |

" " 4. " 435,- |

96737,60

b) an Angehörige.....

Sterbegeld für Mitglieder der 1. Klasse M. 2280,-

" " 2. " 3350,- |

" " 3. " 450,- |

6080,-

für und Verpflegungskosten an Krankenanstalten

Verbindlichkeiten aus: für Heilpraktiker und

Für Kapitalanlagen:

a) persönliche..... M. 18884,83

b) fachliche..... 5588,48

24402,76

Summe der Ausgaben..... M. 268774,09

Abschluß.

Summe der Ginnahmen..... M. 836594,45

Summe der Ausgaben..... 268774,09

Ergebnis eines baren Bestands am Schlusse des

3. Quartals 1907 von..... M. 67820,36

Mehr von..... M. 49739,01

Um Schlusse des 3. Quartals zählte die Kasse 321 örtliche

Verwaltungsstellen und 24241 Mitglieder.

Altona; den 30. November 1907.

Karl Neiß, Hauptklassierer.

Vorliegender Rechnungsabschluß ist von uns redigiert und

mit den Kassenbüchern und Delegaten übereinstimmt.

Das Kassenvermögen ist uns vorgelegt resp. nachgewiesen.

Für den Ausschluß:

C. Müggensburg. G. Schulz. M. Sad.

Zur Woche vom 1. bis 7. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Nollendorf M. 200, Neu-Kuppin 200, Süderhof 150, Neubüttendorf 100, Gransee 100, Wensdorfendorf 100, Mölln 1, Lauenburg 100. Summa M. 950.

Zuschuß erhielten: Grauden M. 300, Elberfeld 200, Bernau 100, Markt 200, Magdeburg 200, Wanne 100, Worms 100, Geising 100, Lindenwalde 100, Badrina 100, Bremenheim 100. Summa M. 1500.

Altona, den 7. Dezember 1907.

Karl Neiß, Hauptklassierer, Wilhelmstr. 57.

Bur Verhängung.

Die Formulare zur Ausstellung der vierten Quartalsabrechnung dieses Jahres sind an die örtlichen Verwaltungen versandt worden.

Es liegt ein Schreiben bei (je ein Exemplar für den Bevollmächtigten und den Klassierer).

Wir ersuchen nun höflich, diesen Schreiben volle Beachtung zu schenken, gründlich durchzulesen und nachzuhören.

Sollte nun in einer Verwaltungsstelle das Benennnis nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir, uns sofort Nachricht zu geben.

Der Vorstand.

J. A. C. Neiß, Hauptklassierer.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen etc.

Dresden. Am 8. Dezember ereignete sich auf dem Fabrikneubau der Firma Roditsch & Schneider in Heidenaue, Bauunternehmer Siebolds Nachf. Chemnitz, ein schwerer Bauunfall. Das 8 m hohe Gerüst in der Giebelreihe, auf welchem seben Maurer und zwei Hilfsarbeiter beschäftigt waren, stürzte in sich zusammen, alle neun Mann mit sich reißend. Vier davon sind schwer verletzt, sie haben im Johanniter-Krankenhaus Aufnahme gefunden, die anderen sind mit leichteren Verletzungen davon gekommen. Die Ursache des Unfalls ist darauf

auszuführen, daß an dem Gerüst jede Versicherung fehlte, auch war nur ein einziger 14 cm starker Unterzug bei einer Spannweite von 11 m angebracht, und dieser war auch noch mehrmals gestülpt. Die querliegenden Stahlhölzer ruhten auf 60 cm hohen Stempeln und reichten auch nur bis auf den gestoßenen Unterzug. Infolge der ungünstigen Verfestigung konnten auch die Klammern einer Verfestigung der Stempel nicht genügend Widerstand bieten. In Dresden und Umgegend ist es üblich, daß die Zimmerer die Gerüste herstellen; da die fragliche Arbeit aber von einem Chemnitzer Unternehmer ausgeführt wird, ist auch die Chemnitzer Arbeitsweise auf dem Bau bestreitend und demzufolge hatten die Maurer das Gerüst hergestellt. Ob diese nun nicht damit vertraut waren, oder ob sie die nötige Sorgfalt fehlten ließen, sei dahingestellt. Auf keinen Fall hätte der Polier solchen Gerüstbau dulden dürfen.

Földendorf (S.-Altbg.). Am 4. Dezember, Abend, in der achten Stunde, stürzte der 19 Jahre alte Maurer Gebhardt infolge Reibelschlips von einem Fabriksohnstein (Papiersafte) 57 m hoch herab. Der Verunglückte war sofort tot. An dem Sohnstein wird Tag und Nacht mit großer Hast gearbeitet. Der Verunglückte war der einzige Erzieher einer alten Mutter, sein Vater ist vor etwa sechs Jahren ebenfalls durch Absturz von einem Sohnstein tödlich verunglückt.

Hannover. Am 9. Dezember, Vormittags 11 Uhr, ereignete sich am Neubau des Provinzial-Steueramtes ein schwerer Unfall, bei dem drei Kollegen ihr heilten Glieder elbtrühten. Dort stürzte eine Decke (Scheiben-Westfahl) im breiten Gang ein, glücklicherweise ohne wen zu verletzen. Die Ursache dieses Einsturzes mag u. G. der Umstand sein, daß die Decke bei leichtem Frost gestampft wurde, wenigstens zeigen einige Proben, die wir den Trümmerresten entnahmen, gar keine Bruchfestigkeit, obwohl auch die dort beschäftigten Arbeitern angeben, daß die Bekleidung 1:4, also wohl gut genug gewesen sei. Dieser Einsturz hätte ja nun weiter nicht geschadet, wenn nicht der Unternehmer Kemel auf den unglücklichen Gedanken gekommen wäre, den Einsturzschutz, der nun auf einer Decke des zweiten Stockwerkes lag, gleich beseitigen zu lassen, damit möglichst wenige an der Geschichte zu sehen war. Zedenfalls unterließ man es auch, sich vorher davon zu überzeugen, wie die Decke des zweiten Stockwerkes dem Heraufstieg der Schuttmasse widerstanden hätte. Als nun einige Männer daran gingen, um aufzuräumen, stürzte auch die Decke des zweiten Stockwerkes unter der Last ein und die herabstürzenden Massen zertrümmerten nun sämtliche darüber liegenden Decken bis auf die Kellerholze. Zu Schaden gekommen sind drei Kollegen. Ketzler, 29 Jahre alt und erst seit einer Woche verheiratet; er hat beide Beine gebrochen. Schröder, ein älterer Kollege und Familienvater, hat beide Beine gebrochen, eines sogar doppelt, und außerdem noch eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. Der dritte Kollege, ein junger Mensch namens Wilke, hat ebenfalls Beinbrüche und nicht unerhebliche Kopfverletzungen davongetragen. — Wir waren in der Schulfrage den Gerichten nicht vorgreifen, aber schwer wird ja nicht zu bearbeiten sein. Auf diesem Bau ist es überhaupt recht nötig, daß sich die Leiter eine höhere Auffassung von dem Wert eines Arbeiterslebens anzeigen. Es sind schon mehrere Unfälle passiert, aber bis zu dieser Katastrophe war immer noch viel Glück im Unglück.

Ishhöhe. Bei den Betonarbeiten der Firma Waib & Freytag auf der Zementfabrik waren Arbeiter damit beschäftigt, die Betonierung in Kipploviess nach der Arbeitszeit zu schaffen. Am 6. Dezember, Morgens 9½ Uhr, stieg eine entleerte Wabrik zurück und traf einen Arbeiter ungefähr 100 cm Höhe zurück und traf einen Arbeiter in ein Bassin stürzte; er erlitt hierbei eine Zerrüttung des rechten Unterarms. Hätte man die Laufbrücke für den Transport in genügender Breite hergestellt, so hätte dieser Unfall nicht vorkommen können. Nachdem der Arbeiter seine gebundenen Hosen eingehübt hat, ist die Brücke verfehlt worden. Kollegen, agitiert für die Arbeiterorganisation, damit wir nicht der Ausbeutungswelt des Unternehmers preisgegeben sind. Die in letzter Zeit vor kommenden Unfälle auf der Zementfabrik fordern gebieterisch die Selbsthilfe der Arbeiter. Deshalb: Ginein in die Organisationen!

München-Gladbach. Beim Neubau des städtischen Elektrizitätswerkes in München-Gladbach starb am 5. Dezember infolge zu früher Begrenzung der Schulung eines Bogenfenders eine Giebelwand ein. Von fünf verletzten Arbeitern wurden zwei schwer und drei leicht verletzt. Neubrandenburg. Am 2. Dezember stürzte der Dachdecker Lai aus Waldau bei einer Reparatur vom Dach und war sofort tot. — Am 5. Dezember fiel infolge eines Riegelbruchs der Kollege Ernst Willen vom Gerüst; er erlitt einen leichten Beinbruch.

* Bauarbeiter-Misstände in Erfurt. Am 21. November veranstaltete die Bauarbeiter-Schulgemeinschaft eine Bautenkontrolle. Es wurden 115 Bauten mit 1484 Arbeitern kontrolliert. Leider wurde auch diesmal eine Anzahl schon oft gerichtlicher Mängel gefunden. Manche der Bauten liegen viel zu wünschen übrig. Es waren an 5 Bauten die Seitenwände nicht dicht und in 9 waren die Fenster nicht zu öffnen, während 1 überhaupt keine Fenster hatte. In 12 war kein Fußboden und in 3 war er sehr mangelhaft. In 6 Bauten wurden Baumaterialien gelagert und in 2 waren keine Bänke vorhanden. Spülküpfe wurden überhaupt nicht gefunden. Ferner genügen die Aborten nach immer nicht unseren bescheidenen Ansprüchen. In 15 Aborten fehlte der Fußboden und in 7 waren keine Sitzbrillen vorhanden; 4 hatten keine Türen und 6 keine vorschriftsmäßige Sonne. Ein Abort stand direkt neben der Bade. In den Etagen waren nirgends Urinreiniger aufgestellt. Gleichzeitig wurden große Verlöcher gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. An verschiedenen Bauten fehlten Treppengeländer und bei 9 waren die Unfallverhütungsvorschriften nicht vorhanden. Auch waren 15 Verbundlatzen mangelhaft, während bei 9 Bauten gar kein Verbundzeug vorhanden war. Nur in 4 Verbundlatzen waren Waschbretter und Handtuch vorhanden, obwohl dies Vorschrift ist. Auch die Gerüste waren nicht in

allen Fällen vorschriftsmäßig, denn es wurde festgestellt, daß Zimmerleute und Klemperer auf Gerüsten arbeiten, wo weder Drahtseile noch Hängerüste angebracht waren. Außerdem waren an vielen Bauten die Balkenlagen nicht abgedeckt, ferner fehlten an verschiedenen Buhäusern die Fenster. In verschiedenen Fällen hatten die Maler kein Handbuch und Seife und die Dachdecker keine Rettungsleine oder arbeiteten auf Dächern, an denen die Schurgrüste fehlten. — Die Tätigkeit der Unfallberufsgenossenschaft und der im Betracht kommenden Behörde muß auch scharf kritisiert werden. Denn nur auf wenigen Bauten konnte festgestellt werden, daß von dieser Seite aus eine Kontrolle ausgeübt worden war. Ein Beweis dafür, wie notwendig die eigene Kontrolle der Arbeiter ist. Trotzdem verweigerten die Unternehmer Emil Martin, Mohring, Krämer und die Polizei Karl Lüth beim Unternehmer Karl Höhne, Lutherstraße, und Metzsch beim Unternehmer Dreßler den Zutritt; während der Unternehmer Fu n l vorher benachrichtigt sein will, wenn kontrolliert wird. Jedoch glauben diese Herren, daß bei ihnen eine Kontrolle überflüssig sei. Aber nicht selten ist gerade das Gegenteil der Fall. Zum Schluß möchten wir doch die Behörden und ihre Organe bitten, diese Kontrollen vorzunehmen, damit nicht der Verdacht auftreten kann, als ob sie nur die italienischen Arbeitsschläger schützen, während die steuerzahlenden einheimischen Arbeiter auf sich selbst angewiesen sind.

* Mehr Bauarbeiterabschluß forderten die baugewerblischen Arbeiter Sammung am 5. Dezember in einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung. Besonderes Anliegen dagegen war eine von der hamburgischen Regierung vorbereitete Polizeiverordnung, deren Verabschaffung von dem Vorstand der Baugewerbe-Berufsgenossenschaft (Sektion Hamburg) eifrig betrieben wird. In einer einstimmig angenommenen Resolution fordert die Bauarbeiterföderation Hamburgs, den Senat möge die ihm widerstehende bestandene Forderungen der Arbeiter berücksichtigen und die Verabschaffungsanträge des Unternehmervorstandes außer Betracht lassen.

* Bauarbeiterabschluß in Dresden. Am 18. und 19. November hat die Dresdener Bauarbeiterabschlußkommission eine Bautenkontrolle vorgenommen. Von den 113 kontrollierten Bauten befanden sich 68 im Rohbau, wobei 2120 Personen beschäftigt waren, und 55 im Ausbau, wobei die Zahl der Beschäftigten 993 betrug. Im Dresdener Gerätel ist zwar auf einer Menge Bauten das Minimaterial ziemlich einwandfrei, doch wird auch da nicht die nötige Sozialität auf den Bauaufbau verwendet. Für die äußeren Gerüste und gefäumte Bretter vorgeschrieben, auf 6 der kontrollierten Bauten werden jedoch Sparschäfte verwendet. Sockelbretter fehlten auf 9 Bauten teilweise. Auf einer großen Anzahl teilweise. Die Bretter sind in allgemeiner Linie zu schwach angebracht, so daß diese im wirtschaftlichen Betrieb verloren müssen; auf 8 Bauten waren diese vollständig unzureichend, auf mehreren mangelfhaft. Untere Gerüste sind nur selten belegt. Schurgrüste sind nur wenige angebracht, auf 32 von 46 in Betracht kommenden Bauten fehlen sie ganz oder teilweise. Auf 2 Bauten waren die Gerüste geradezu lebensgefährlich, in diesen Fällen ist selbstverständlich Anzeige erstattet. Unfallverhütungsvorschriften hingen auf 8 Buhäusern nicht aus, auf einigen fehlten die Teile A. und C. Anweisung zur Hülfsleistung bei Unglücksfällen waren nur in 11 Fällen angebracht. Das Verbandzeug ist meist mangelfhaft, auf 14 Bauten fehlt es ganz. Die Abdeckung im Innern kommt auf den meisten gebrochenen Bauten kaum in Frage, da in diesem Bereich oder an Wänden bedeckt vorhanden sind. Von den übrigen Bauten waren 10 mit gefäumten Brettern, 11 mit Schwellen abgedeckt. Nur auf 6 Bauten war die untere Trage belegt. Steinstücke und Bänke sind mangelfhaft, oft gar nicht befestigt. Buhäuser waren auf allen, der 68 Rohbauten vorhanden, nur waren diese bei hoher Beschäftigungszahl teilweise unzureichend. 2 Buden befanden sich im Keller; Holzfußböden fehlten in 4, Fenster in 5, verschließbare Türen in 12 Fällen; Türen und Bänke waren vorhanden. Gereinigt werden die Buden in der Regel wöchentlich zweimal. In 18 Fällen wurden auch Gerüste und Material darin untergebracht. Leukerst unzureichend waren die Seitenwände in 19 Buhäusern befestigt, wo sie, jedenfalls in der wärmeren Jahreszeit hergestellt, nun auch im Winter genügen sollen. So wenig Rücksicht wird auf die Gesundheit der Arbeiter genommen, daß man ihnen zumeist, in folgenden Fällen zu komplizieren. Auch auf den übrigen Bauten waren diese Buden bloss nicht einwandfrei. Waschgelände findet man nirgends, höchstens dienen die Wasserleitung als solche. Aborten sind zwar vorhanden, doch den sanitären Anforderungen entsprechen sie nicht; gereinigt werden sie meist nie, desinfiziert ebenfalls. In 6 Fällen werden leere Jumentonnen benutzt, außerhalb des Stadtgebietes war meist nur ein Loch ausgeteilt, das im Sommer einer Pethoböhle gleicht. In 2 Fällen befindet sich der Abort direkt an der Buhäuse, in 21 Fällen ist dieser weniger als 10 m davon entfernt. Bissous in den Etagen sind nur in 12 Bauten vorhanden. Auch auf den Ausbauten sieht es nicht besser aus, 19 davon waren nicht gedichtet, auf einem standen die Opfer wegen der Fensterfrage im Streit. Auf 9 Bauten war kein heizbarer Unterkunftsraum vorhanden. Die Aborten entsprechen in 16 Fällen den Anforderungen nicht. Urineimer waren in 28 Bauten nicht angebracht. Verbandzeug fehlt auf 18 Unfallverhütungsvorschriften auf 9 Bauten. Treppen und Gänge sind nicht genug mit Geländern versehen; die Gerüste teilweise recht schlecht zugelagert. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß auch die Arbeiter mehr darauf sehen müssen, daß die bestehenden Vorrichtungen erhalten werden. Der Ruf nach Anstellung von ständigen Kontrolloreuren aus den Kreisen der Arbeiter muß immer wieder erhöhen werden, damit auch auf diesem Gebiete eine Verbesserung eintritt.

* Bautenkontrolle in Leipzig. Die Bauarbeiterabschlußkommission in Leipzig hat vom 1. bis 28. November eine Bautenkontrolle vorgenommen, um festzustellen, inwieweit von den Unternehmern gegen die gegebenen Vorschriften verstossen wurde. Bei den früheren Kontrollen war der ganze Bezirk von 30 Personen an einem Tage kontrolliert worden, diesmal wurde nur eine Person dazu beauftragt, den Bezirk in der obengenannten Zeit zu kontrollieren. Von dem Ergebnis der Kontrolle sei mitgeteilt: Kontrolliert wurden 256 Bauten, nachkontrolliert 18. Davon liegen im Stadtgebiet 196, in der Amtshauptmannschaft 62. Hochhäuser waren darunter 240,

Bebauten 14. Abbrüche 4. Der Zutritt wurde nicht erlaubt auf 12. Angezeigt wurden 47 Bauten. Die Unfallverhütungsvorschriften fehlten an 41 Bauten; Teile A. hing aus auf 16, nur die Teile B. und C auf 18. Sockelbretter fehlten gänzlich auf 42, teilweise auf 7. Bretter waren gänzlich auf 19, teilweise auf 18 Bauten. Unter dem Gerätel, auf dem gearbeitet wurde, fehlte ein belegtes Gerätel auf 9. Schurgrüste für Dach- und Klemperarbeiten fehlten auf 5. Die Balkenlage, auf der gearbeitet wurde, war nicht vollständig abgedeckt auf 6, die darunter liegende Trage nicht vollständig abgedeckt auf 5. Die Zugänge nicht abgedeckt auf 12; die Leitergänge nicht auf 14 Bauten. Schubräder fehlten auf 1 Bau. Die Buhäuse fehlten auf 1 Bau; sie war im Keller auf 26, aus Holz auf 28 Buhäusern. An 4 Buhäusern fehlten Fenster, 21 Buden hatten Fenster, die nicht zu öffnen waren. In 19 Buhäusern fehlten die Fußböden; Holzfußböden waren in 81, Holzholzböden in 71 Buhäusern. Nicht gereinigt waren 17; Leitergängie fehlten in 71; Bänke fehlten in 2; ein Ofen fehlte in 33; Treppen, Ketten, Domett usw. wurde ausbeworben in 15 Buhäusern. Eine neuw. eine vollständige Brille, Stochbretter: im Abort fehlten auf 39 Buhäusern. Von außen in den Abort hineinreichen konnte man auf 6 Buhäusern. Der Abort hatte kein wasserdrückliches Dach auf 7; auf 10 Fußböden darin sah man auf 8; wasserdrückliche Tonnen auf 47 Buhäusern. Urineimer fehlten auf 25 Buhäusern. Ein Verbandskasten fehlte auf 29; er war mangelfhaft auf 4 Buhäusern. Anweisung zur ersten Hülfsleistung bei Unglücksfällen fehlt; die Angabe der Wohnung des nächsten Arztes war nur auf 1 Bau vorhanden. Mangelschäfte Absperrungen wurden auf 76 Buhäusern gefunden. Malergerüste waren nicht vollständig ausgebaut auf 2. Die Arbeiter waren der Abschluß aus offenen Fenstern nicht gleich auf 9. An Treppen, Böden, Decken waren keine Geländer auf 25. Bei offenem Klosterauer wurde auf 1 Bau gearbeitet, auf 22 Buhäusern darin sah man auf 8 Balkenlagen nicht abgedeckt, so daß die Leiter der Maler umfallen konnten. Ein verschiebbliches Raum für Maler und Schuhläufer war auf 10 Buhäusern nicht vorhanden. Auf 12 Buhäusern war dieser Raum nicht heizbar. Farben im Anflederaum lagerten auf 15 Buhäusern. Bei offenem Fenstern arbeiteten Männer auf 46, Bänner auf 8, Nachbar auf 6, Töpfer auf 4, Stuckateure auf 4 Buhäusern und Maler auf 1 Bau.

* Bautenkontrolle in Bochum. Am 5. und 6. November wurde in Bochum und der näheren Umgebung von der Bauarbeiterabschlußkommission eine Kontrolle der Winterbauten vorgenommen. Die Kontrolle erstreckte sich auf 40 Buhäusern, davon lagen 31 im Großstadtgebiet, 7 in Westmar, 1 in Altenbaum und 1 in Münster. Staatsbauten sind keine, Kommunalfabrikaturen 4 gezählt worden. Beschäftigt wurden auf diesen 40 Arbeitsplätzen 400 Arbeiter. 17 Buhäusern waren im Ausbau bzw. maufertig. Die Zahl der fertiggestellten Buhäuser sowie der Arbeiter beweist gegen frühere Aufnahmen, daß die Kreise in Bochumer schon ihren Einzug gehalten hat. Buhäuser, wo offenes Klosterauer zur Anwendung kommt, sind nicht gefestigt worden. Müll und sonstige Treppengeländer und Sockelbretter, im Inneren des Buhäuses fehlten in allen Fällen. Schurgrüste unter den Leitern, die zum Materialtransport dienen, um das Durchfallen von Material zu verhindern, sind nicht angebracht. Darauf steht in der Verordnung nichts, ergo bringt es auch die „weitsinnige“ Behörde nicht anzuordnen. Für die Errichtung von Buhäusern kommt die Polizeiverordnung für den Stadtkreis Bochum vom 30. Mai 1900 in Betracht. Auf einer Arbeitsstelle fehlte dieselbe. In 9 Buhäusern waren die Seitenwände unbedingt. In 2 Fällen waren die Bedachung nicht dicht. In 17 Fällen waren sie ohne Fenster. In 12 Fällen waren Leytere nicht zum Dichten eingerichtet. Eine verhältnismäßig leise wurde bei allen Räumen angetroffen. 25 Buhäusern hatten einen Fußboden, davon 18 einen solchen von Holz. Buhäusern, in denen ein Schrank für Kleider vorhanden war, gibt es nicht. 34 Buhäusern waren mit Tischen und Stühlen versehen. In 14 Fällen wurde Material oder sonstiges Baumaterial gelagert. In 29 Fällen war ein Ofen vorhanden, in 10 Fällen sah man auf dem Dach. Man sollte es eigentlich für selbstverständlichkeit erachten, daß der bei lebendiger Temperatur den Bauarbeiter in den Buhäusern geheizte Räume zur Verfügung stehen müßten. Doch weit getreht! Man läßt einen Ofen in die Buhäuse stellen, der Polizei gefällt es aber oft nicht, daß derselbe frisch genug angemacht wird, oder man vermeidet das Material zum Heizen. Den Vorschriften ist Genüge getan; sie verlangen, daß die Räume auf besonderes Verlangen der Polizeibehörde vom 1. November bis 1. März „heizbar“ sein müssen! Man wollte jedermann bei der Verabschiebung dieser Verordnung im Jahre 1900 den Unternehmern nicht wehe tun. In 8 Fällen waren die Räume zu klein, in 2 Fällen waren sie im Keller untergebracht. Die Meinlichkeit liegt in den allermeisten Fällen viel zu männlich übrig. In keinen Buhäuse waren mit Wasser gefüllte Speisipöckchen vorhanden. Dieser doch in sanitärer Beziehung so wichtigen Sachen wird leider von den Arbeitern und erst recht von den Unternehmern wenig Verständnis entgegengebracht. In 15 Fällen war kein Verbandskasten vorhanden. Eine „Anweisung zur ersten Hülfsleistung“ war nur in einem Falle ausgetragen. Das traumatische Kapitel im pfeifigen Bezirk in punkto Bauarbeiterabschluß bildet die Abschlußfrage. In seiten Falle admet die Behörde darauf, daß die Verordnung, die doch der Magistrat erlassen hat, durchgesetzt wird. Kein einziger der kontrollierten Buhäuser, mit Ausnahme von 4 an Schulbauten, entspricht den gesetzlichen Anforderungen. In 11 Fällen konnte man von außen hineinschauen. In 13 Fällen waren die Buhäuser ohne Dach, ledernerweise nicht aufgehängt worden. In 21 Fällen sah man die Fußböden; nur in 12 waren es solcher von Holz vorhanden. 27 solcher Musterhäuschen waren mit Laternen versehen, nur 12 hatten Sigriften. Nachschlag an die städtische Kanalisation und Wasserleitung gibt es natürlich hier nicht. Wasserdrückliche Tonnen, wie es in der Verordnung heißt, gibt es nicht. Fragt man: Wie oft wird der Abort gereinigt? so bekommt man die Antwort: Ueberhaupt nicht! Wenn der Abort fertig ist, wird die Grube nicht etwa entleert, sondern einfach zugeschüttet, dann ist ja nichts mehr davon zu sehen. Höchstens steigt der süße Duft den Bewohnern in die Nase. Berlin, wie es 1904 einen Briefträger passierte, an einer solchen Stelle einer der besten Gesellschaften, so beschimpft man die Bauarbeiter, die doch ganz unfähig an diesen Zuständen sind. Sie sind es, die hier Abfälle fordern. Urineimer in den einzelnen Etagen sowie Bissousanlagen sind auf den liegenden Buhäusern unbekannte Dinge. Von einer Kontrolle seitens der Polizeibehörde sowie auch der technischen Aufsichtsbeamten der

Baugewerbe-Berufsgenossenschaft ist wenig oder gar nichts bewirkt worden. Die Polizeibehörde hat anstrengend wichtiger Dinge zu erfüllen, als sich dem Bauarbeiterdienst zu widmen.

* Bauarbeiterabschluß aus Frankfurt a. M. Die baugewerblichen Arbeitserganisationen in Frankfurt a. M. haben seit einiger Zeit einen eingesetzten Bautenkontrolleur angestellt. Sie haben damit etwas getan, wozu sich die Stadt trotz ihrer „demokratischen“ Verwaltung nicht aufschwingen konnte. Ende Oktober hat die Bauarbeiterabschlußkommission eine Aufnahme vorgenommen, aus deren Ergebnis hervorgeht, daß diese ständige Arbeitserkontrolle auf den Buhäusern einen wohlütigen Eindruck ausübt. Die technischen Missstände haben gegen das vorige Jahr eine starke Verminderung erfahren. Bei einer allgemeinen Kontrolle der Buhäuser sind man im vorigen Jahr 287 Missstände technischer Art, im Jahre 1907 dagegen nur 155. Dagegen sind die sanitären Missstände fast in derselben Menge geblieben, nämlich von 195 auf 261. Das wird darauf zurückzuführen, daß die polizeilichen Beamten aller außer Straf gezeigt sind und die Polizei nur Einzelverfügungen auf Grund des § 120c der Gewerbeordnung erlassen kann.

Bei der Kontrolle wurde aber noch etwas anderes festgestellt, nämlich ein starkes Abflauen der Konjunktur. Im vorigen Jahr wurden — ob um dieselbe Jahreszeit, geht leider nicht aus — der Aufstellung her vor — insgesamt 614 Buhäuser ermittelt. In diesem Jahr aber nur 410. Unter den letzteren waren 21 städtische und 2 staatliche Buhäuser. Als ein viel sagendes Zeichen der Zeit ist es anzusehen, daß von den Privatbauten 88 ruhen.

* Submissionsabschluß. Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die Einführung eines Ausschusses zwecks Reform der Vergabeung für die Arbeitsschule angestrebt. Der Magistrat soll beauftragt, neue Vorlesungen zu erlassen. Nach dem Berliner Tageblatt hat ein Stadtrat, der durch seine Erfahrungen auf diesen Gebiete als maßgebend angesehen werden muß, sich folgendermaßen ausgedrückt:

Mit der Bildung der Submissions hat sich der Berliner Magistrat bisher nur beschäftigt, soweit es das Steinmetzgewerbe angeht. Bei engeren Submissions ist es vorgeschlossen, daß alle Bewerber die gleichen Preise gefordert haben, und nur ein einziger, dem der Auftrag von Beauftrag der Steinmetzmeister beschafft werden sollte, einen geringeren Preis verlangt habe. In solchen Fällen löse dann die Baudeputation die Submission auf und schreibe die Arbeiten öffentlich aus. Bei dieser Gelegenheit haben sich zumeist Unternehmer aus den Vororten beworben, die zum Ringe nicht angehören. In einigen Fällen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezwungen werden, die Arbeiten in eigenen Regeln auszuführen, nur aus Missacht auf das Gewerbe hat sie bisher die Schritte unternommen, wo die Preise nicht außergewöhnlich hoch waren, wurden auch die Forderungen des Ringses genehmigt. Über der Kampf gegen die Ringbildung der Submissions wird trotzdem weitergeführt. Die städtische Bauverwaltung wird häufig dazu gezw

ten erhaltenen Gelder betrüben und nicht auch auf die Betriebsausführungen ihres Bundessteuer legen, um die Schädigung der städtischen Interessen zu erkennen. Sicher fordert sie für die städtischen Bauausführungen Abgaben, weil sie annimmt, daß bei diesen mehr als bei Privatbauten verdient wird, und zwar soviel verdient wird, daß sie ruhig einen Teil davon opfern können. Man überreicht die Stadt also bei den Submissionsen, indem man ihr höhere Preise anrechnet, als Privatleuten. Warum auch nicht, es geht ja aufs "gemeine Wohl". Und nun, nachdem diese Abgabe beschlossen ist, wird man es natürlich erst recht tun: Wenn sich ein Unternehmer nur um Bauausführungen für städtische Rechnung bewirbt, wird er selbstverständlich das Prozent für den Schaffnungsbedarf gleich mit berechnen; denn er will doch sicher nicht bei einer etwaigen Bauaufnahme von M. 1000 000 einfach M. 1000 von dem Verdienst weggeben, das nach der verächtig oft und laut aufgelegten Behauptung der Unternehmer sowieso schon klein genug sein soll. So wird also die Konsequenz dieses Beschlusses sein, daß sich die Unternehmer städtischen Mitteln bedienen, um die wirtschaftlichen Verhreibungen der Arbeiter zu beseitigen. Bis zum Beweise des Gegenteils glauben wir nicht, daß die Lüdenscheider Behörden zu solchen Streichen die Hand bieten werden, wie erwarten vielmehr, daß sie Maßnahmen ergreifen, um sich und die Steuerzahler vor diesem Attentat zu schützen. Die Unternehmer glauben allerdings, die Stadtverwaltung sicher zu sein, sie halten es, wie es scheint, für selbstverständlich, daß sich die Stadt diese neue Schärfung — wohl in Anbetracht des guten Zwecks — zuhing gelassen läßt.

Was würde wohl geschehen, wenn ein Wahlverein oder ein Gewerkschaftsrat den Beschluß fasse, daß die Differenzen für Ortskrankensachen einen Teil ihres Verdienstes der Partei- oder Gewerkschaftskasse auszufließen hätten?

* Die Bannunternehmer in den beiden Mecklenburg halten, natürlich geheim, in der nächsten Zeit eine außerordentliche Versammlung ab, um sich über ihr Vorgehen bei der nächstliegenden Lohnbewegung zu einigen. In dem Einladungsschreiben zur Versammlung heißt es u. a.:

"Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß nach § 10 unserer Satzungen die Aufnahme der Streitklausel in die Bauverträge als Bauerauslösung für eine eventuelle Unterstützung seitens des Arbeitgeberverbandes vorgesehen ist und ersuchen deshalb alle Mitglieder, keinen Vertrag ohne Streitklausel abzuschließen. Die Streitklausel ist wie folgt zu fassen:

"Eine Arbeitsniedrigstellung oder Aussperrung der Arbeitnehmer in einem für die Erfüllung des übernommenen Vertrags unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betrieb bewirkt die Verlängerung aller Fristen bezw. Hinausschiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniedrigstellung oder Aussperrung."

Über die Pläne der Unternehmer in Mecklenburg haben wir seinerzeit berichtet. In dieser Generalversammlung wird es sich um die Stellungnahme zu den Verhandlungen der Berliner Zusammenkunft handeln, um deren Publierung sich bekanntlich der "Grundstein" sehr verdient gemacht hat.

Polizei und Gerichte.

* Herr Wilhelm Koch, Bezirksteiler des christlichen Bauarbeiterverbandes, früher in Danzig, jetzt in Bremen stationiert, sendet uns eine Verlängigung zu dem Bericht über die Gerichtsverhandlung in Boppo gegen Grünbaum und Genossen (Nr. 49, Seite 571/72). Danach sollen wir folgender Erklärung Raum geben:

"Ich lenne in Danzig und Umgegend weder einen Bauunternehmer Wiebe noch Wyl und habe weder Wiebe noch Wyl aufgesfordert, die Zimmerer des Zentralverbandes zu entlassen."

Das ist ja eine merkwürdige Geschicht! In einer Strafsache gegen Janisch hat der Bauunternehmer Wyl unter seinem Ende ausgesagt, daß Herr Koch in der von ihm befehlten Wiebe gehandelt hat, und Herr Koch will ihn überhaupt nicht lennen! Es wäre wünschenswert, daß Herr Koch erklärt, ob er überhaupt einmal von einem Unternehmer oder dessen Vertreter die Entlassung freigesetzter Arbeiter verlangt hat. Solange er das nicht glaubhaft versichert, werden alle seine Verlängigungen mit aller Vorsicht aufzunehmen sein.

Eingegangene Schriften.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 10 des Jahrgangs. Inhalt: Die Kritik als Komödie. — Zur Frage in Russisch-Polen. Von K. — Die Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1908. Von Wilhelm Janßen. — Sicherung der Bauforderungen. Von Ludwig Frank. — Literarische Mundschau: Hermann Schlüter, Die Anfänge der deutschen Arbeitersbewegung in Amerika. Von F. M. Brig Wauthner, Die Sprache. Von K. K. Dr. jur. Voigt. Die Wertzunahmesteuer. Von Paul Hirsh. Paul Pfleider, Der Sozialismus der Kirchenväter. Von K. — Notizen: Kalis in der deutschen Seeschiffahrt. Von H. F.

Alkoholismus- und soziale Frage. Von Emil Banderveld = Brüssel. Uebersetzung von Georg Adolfsohn. 16 Seiten Ostab. Preis 10 $\frac{1}{2}$. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund, Johannes Michaelis, Berlin O 17, Längstr. 11. In kurzen, knappen Worten legt der Verfasser dar, welches Interesse die Arbeiterschaft an der Bekämpfung des Alkohols haben muß.

Die "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeitervillinen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 26 des 17. Jahrganges.

Die "Gleichheit" kostet alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 $\frac{1}{2}$, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierjähriglich ohne Beitragszahl 65 $\frac{1}{2}$ Pf. unter Kreuzband 66 $\frac{1}{2}$ Pf. Jahresabonnement M. 2,60.

Der "Wahrer Jacob", Nr. 25 seines 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder

"Frankfurter Süßnerhof" und "Bei der Metzgetenaußhebung". Der Preis der sehr reichhaltigen 20 Seiten starken Nummer ist nur 10 $\frac{1}{2}$.

Brieftaschen.

* Des Weihnachts- und Neujahrsfestes wegen muß bei den Nrn. 52 und 1 Sch. am Montag, den 23. Dez. bzw. 30. Dezember, Morgens 8 Uhr, Redaktionsschluß eintreten. Wir bitten, dies bei den Zuschriften beachten zu wollen.

* Das Inhaltsverzeichnis für den ablaufenden Jahrgang des "Grundstein", das — wie in früheren Jahren — nur auf Bestellung verändert wird, soll gleich nach Fertigstellung der Nr. 52 unseres Blattes gedruckt werden. Um die Auslage feststellen zu können, ist es nötig, daß die Verstellungen absehbar gemacht werden.

Dresden, August. Du hast Deine Weisheit aus einem ungünstigen Zeitpunkt geschöpft. Die Angabe in der "Wirtschaftlichen Rundschau" ist ganz richtig. Das englische Imperial-Büchel hat 36,35 Liter, das Imperial-Cuartier hat 8 Büchel = 291 Liter. 1 Liter ist gleich 1,545 Pfund, also ist 1 Quartier rund 450 Pfund. Nun zufrieden?

Trebitsch, W. P. Gegen die Vernehmung kannst Du nichts tun, aber das Gericht wird Dich nicht vertheidigen.

Lohsdorf, O. P. Wende Dich mit Deiner Anfrage an den Parteidienst; die Adresse ist W. Pfannl, Berlin SW 68, Lindenstr. 69.

Nethenbach, Haupftisch. Das ist alles schon mehrere Male im "Grundstein" veröffentlicht worden. Nichts und Unterhaltungsfesten zahlte die Hauptstadt, den Lohnausfall erzeugt der betreffende Zweigverein.

1468, Aug. Dachne, Berlin N 58, Spichelerstr. 18, 2. Et.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichte wir alte Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche noch erfolgtem Wiederaufstellung gemacht wird. Die Tafel steht 10.)

Bremerhaven. Am 30. November starb unser treuer und langjähriger Verbandskollege und Mitgründer unserer Zahlstelle Eduard Woites im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung.

Bromberg. Am 26. November starb unser Kollege Michael Smoczyński aus Josephinen bei Ratel im Alter von 55 Jahren an den Folgen eines Unfalls. — Am 2. Dezember starb unser Kollege August Lange aus Brüderlohe bei Ratel im Alter von 51 Jahren an Lungenschwindsucht.

Bruck b. München. Am 1. Dezember starb unser treuer Verbandsmitglied Max Egenhofer im Alter von 27 Jahren.

Cheb. Am 4. Dezember starb unser Verbandskollege Rudolf Gebhard im Alter von 18 Jahren infolge Abschüsse von einem 57 m hohen Schornstein, Köln. Am 2. Dezember starb das Blutiges Peter Stumpf im Alter von 84 Jahren an Blutvergiftung.

Cöpenick. Am 4. Dezember starb nach sechzehnjährigem Krankenlager unser treuer Verbandskollege und erster Kassier Eduard Bolz im Alter von 81 Jahren.

Dresden. Am 20. November starb unser Verbandskollege Karl Lehmann aus Kötzschkenbroda bei Dresden im Alter von 28 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 27. November starb unser Verbandskollege Karl Werner aus Gömmern bei Dresden im Alter von 80 Jahren an Lungentartare.

Groß-Lichterfelde. Am 20. November starb unser Verbandskollege Julius Lehmann aus Gunnersdorf bei Dresden im Alter von 31 Jahren. Der Verunglückte wurde von einem einsitzenden Siebel erschlagen.

Düren. Am 29. November starb unser Mitglied Jos. Kurth im Alter von 85 Jahren an der Pneumonie.

Freyhan. Am 27. November starb plötzlich unser treuer Verbandskollege Wilhelm Grossmisch im Alter von 55 Jahren.

Genthin. Am 7. Dezember starb nach fast zweijährigem schwerem Leben unser treuer Kollege Ferdinand Schröder im Alter von 56 Jahren an Lungens- und Leberbeschwerden.

Görlitz. Am 27. November starb nach langem Leben unser langjähriger, treuer Verbandskollege Chr. Weidhaas im Alter von 46 Jahren an Nierenentzündung.

Hintersee. Am 24. November starb unser treuer Verbandskollege August Klingensmidt im Alter von 48 Jahren an Magenleiden.

Witten. Am 1. Dezember starb unser Verbandskollege Alfred Rosenberg im Alter von 21 Jahren an Herzleiden.

München. Am 26. November starb unser treuer Verbandskollege Karl Kögler im Alter von 37 Jahren durch Absturz aus einer Höhe von 22 m sein Leben.

Odenburg i. Groß. Am 2. Dezember starb unser Verbandskollege Hermann Mohrmann im Alter von 29 Jahren an Lungenschwindsucht.

Reinickendorf. Am 28. November starb unser Kollege Wilhelm Lang im Alter von 88 Jahren an Nierenleiden.

Unterweissbach. Am 1. Dezember starb unser Verbandskollege Otto Küffner im Alter von 86 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Boizenburg a. d. E.

Unter Versammlungsort befindet sich von jetzt an im "Roten Hause". [M. 1,50] Der Vorstand.

Fürstenberg.

Unter Versammlungsort werden Freitags Abends von 7 bis 8 und Sonntags Mittags von 1 bis 2 Uhr aufgenommen. [M. 1,50] Der Vorstand.

Gotha.

Die neuingerichtete Herberge befindet sich im Gewerkschaftshaus, "Volkshaus zum Mohren". [M. 1,80] Die Ortsverwaltung.

Nürnberg-Fürth.

Den freitenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich die Herberge im Gewerkschaftshaus (Historischer Hof), Nürnberg, Neue Gasse Nr. 13, befindet. [M. 2,40] Der Vorstand.

Rheydt.

Der Kollege Georg Scharf (Verb.-Nr. 88759) und der Kollege Heinrich Bielek (Verb.-Nr. 221161) werden dringend erachtet, ihre Adresse an den Kassierer des Zweigvereins Rheydt-M. Gladbach-Land, Heinrichstr. 39, gelangen zu lassen.

Tondern.

Das Lokal der fremden Maurer befindet beim Gastwirt Assmusen, Mittelstraße.

Wilhelmshaven.

Die Adresse des Kassierers ist: B. Wallisch, Uhlandstraße Nr. 1, 2. Et. [M. 1,80] Der Vorstand.

Der Kollege Wilhelm Herbstritt von Götterthal, Am Waldfisch, wird von seinem Vater geführt. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, dies mitzuteilen an Norbert Herbstritt in Billingen (Boden), Salzweg 10, Nr. 2. [M. 1,50]

Persammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntags, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Wichtige Tagesordnung! Als Referent ist Kollege Soltau, stets 7 $\frac{1}{2}$ Uhr beim Gastwirt Vertram. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 15. Dezember.

Baden, 9 Uhr beim Gastwirt Vertram. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Delitzsch, Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof".

Frankenhause (Kyffh.). Nachmittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr im "Gärtnerhof". Mitgliedsbücher sind vorzugeben.

Glesien, Nachm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Grosswig, Bei Thomas in Großwig. Bücher mitzubringen.

Sorau, Nachm. 9 Uhr in der "Flora".

Trebitsch, Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Werder, Nachm. 9 Uhr im Käfigs Lokal.

Donnerstag, den 17. Dezember.

Liegnitz, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Grüneberg, I. Schl., 8 Uhr.

Wichtige Tagesordnung! Als Referent ist Kollege

Sonnabend, den 21. Dezember.

Aken, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vorstandswahl. Empfangnahme der Bücher.

Bunzlau, Nachm. 4 $\frac{1}{2}$ Uhr in der "Hoffnung".

Wichtige Tagesordnung! Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 22. Dezember.

Bleckede, Nachm. 8 Uhr. Bücher sind mitzubringen.

Gross-Rhöden, Nachm. 8 Uhr bei August Bitter. Wichtige Tagesordnung.

Hörschreck, Nachm. 8 Uhr im Lokal "Zum Hirschen". Mitgliedsbücher mitzubringen! Referent ist angekündigt.

Vellendorf, Nachm. 8 Uhr im "Fichtenwald".

Würzburg, Vorm. 10 Uhr im "Ochsen".

Mittwoch, den 25. Dezember (1. Weihnachtstag).

Unterweissbach, Nachm. 4 $\frac{1}{2}$ Uhr im "Gärtnerhaus zur Sonne" in Unterweissbach. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Donnerstag, den 26. Dezember.

Freyhan, Vorm. 11 $\frac{1}{2}$ Uhr im Lokal des Herrn Brugge.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, 9 Uhr im "Gärtnerhaus zur Sonne" in Münsterbach.

Luckenwalde, 2 bis 3 Uhr Sabatag bei Hermann Lehmann, Gürtelstraße.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.